

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



● ● ● **DGB-Studie zur Tarifpolitik: Gute Gründe für kräftige Lohnerhöhungen** ● ● ● **Weltweiter Aktions-**
tag gegen das WTO-Gipfeltreffen vom 9.bis 13. November in Katar ● ● ● **Berufsverbote, Unvereinbarkeits-**
beschlüsse, Bespitzelung, Faschistenförderung: Wehr-
hafte Demokraten ● ● ● **Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion zur deutschen Türkeipolitik** ● ● ●



IN BERLIN

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de — Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: ph@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

FREILASSEN! Die Informationsstelle Kurdistan e.V., Hamburg teilte am 1. November mit: Am 29. Oktober wurde der kurdische Politiker Sahin Engizek auf Grund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof (BGH) durch Beamte des Bundeskriminalamtes festgenommen. Sahin Engizek wird vorgeworfen, seit Jahren hauptamtlicher hochrangiger Funktionär der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Europa zu sein. Kriminalisiert werden soll u.a., dass er „Kontakte zu staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie Verbindungen zu interessierten Politikern, Journalisten und anderen Meinungsmultiplikatoren“ herstellte und versuchte „Unterstützung, zumindest Sympathie für die sogenannte ‚kurdische Sache‘ zu gewinnen.“ (Aus: Pressemitteilung des BGH vom 1.11.2001) Er wird verdächtigt, als mutmaßlicher „PKK-Führungsfunctionär“ Mitglied in einer kriminellen Vereinigung zu sein. Als Mitarbeiter des Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) informierte Sahin Engizek über die tatsächliche politische Situation in Kurdistan und der Türkei. Mit seiner politischen Arbeit setzt er sich für einen dauerhaften und gerechten Frieden im Mittleren Osten ein und warb für diese „kurdische Sache“. Das ist in Deutschland für eine kurdische Partei verboten. Seit den 80er Jahren sind etliche kurdische PolitikerInnen zuerst nach §129a (terroristische Vereinigung) und jetzt nach §129 (kriminelle Vereinigung) verhaftet und anschließend von bundesdeutschen Gerichten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Daran änderte auch der Strategiewechsel der PKK nichts, weder der einseitig und von der PKK eingehaltene Waffenstillstand seit 1998 sowie der Rückzug ihrer bewaffneten Kräfte aus der Türkei, noch die Anerkennung des Gewaltmonopols des deutschen Staates hat ein Umdenken bei den bundesdeutschen PolitikerInnen bewirkt. Starr halten diese an dem seit 1993 bestehenden Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans fest. Dies zeigt auch die im Juni 2001 in Europa ausgerufene Identitätskampagne „Auch ich bin PKKler“. Allein 40.000 KurdInnen haben sich in Deutschland selbst bezeichnet und die Anerkennung der kurdische Identität sowie die Aufhebung des PKK-Verbots gefordert. KurdInnen, die sich an der Initiative beteiligen, werden willkürlich vorgeladen und unter Druck gesetzt damit sie sich von der Kampagne distanzieren. Vereine und Privatwohnungen wurden durchsucht und richterliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Diese Politik muss ein Ende haben. Wir fordern die Aufhebung des PKK-Verbots und die Freilassung aller kurdischen Politiker. Sahin Engizek muss unverzüglich freigelassen werden.

WÜHLARBEIT. Folgende Pressemitteilung verbreitet der Bund der Vertriebenen: „Am 4. November wird in Rudolfs-

gnad / Knicanin (Serbien) die Friedhofs Kapelle als Gedenkstätte für die im dortigen früheren jugoslawischen Konzentrationslager ermordeten Deutschen eingeweiht. Dies ist die erste Gedenkstätte im früheren Jugoslawien für die ermordete deutsche Volksgruppe. Dazu erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB: Ich begrüße die Initiative der Donauschwaben und die Bereitschaft der Serben in Rudolfsnagad eine Gedenkstätte für die in Rudolfsnagad / Knicanin ermordeten Donauschwaben zu errichten. Gerade das frühere Konzentrationslager Rudolfsnagad / Knicanin steht beispielgebend für die Verbrechen der Serben an der deutschen Bevölkerung dieses Gebietes. Im Lager Rudolfsnagad waren zwischen 1945 und 1948 über 30.000 Deutsche inhaftiert, von denen 12.000 ermordet wurden. Die restaurierte Friedhofs Kapelle von Rudolfsnagad ist ein würdiger Ort des Gedenkens an die Opfer ... Die Zustände in den jugoslawischen Inhaftierungslagern waren noch schlimmer, als die in anderen europäischen Lagern, in die Deutsche zur Zwangsarbeit gebracht wurden ... Was Not tut, ist zudem die Aburteilung der noch lebenden Verantwortlichen.“ Kein Ton von Frau Steinbach über die an Serben und anderen Völkern Jugoslawiens verübten Verbrechen des Hitlerfaschismus sowie die Unterstützung hierfür durch die Mehrheit der deutschsprachigen Minderheit in Serbien. Der vermeintlich gewonnene Balkankrieg macht manche ziemlich dreist.

NIEDRIGLOHN. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 5.11., dass Margareta Wolf, Grüne Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, ein „Eckpunktepapier“ ausgearbeitet habe, in dem sie höhere Einkommensgrenzen bei den 630-DM-Jobs fordert. Für den ganzen Bereich bis hin zu regulären Beschäftigungen, die mit 1700 DM beziffert werden, soll eine „unbürokratische“ Handhabung bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen eingeführt werden. Während aus dem Arbeitsministerium strikte Ablehnung zu hören war – vor allem wegen der Folgen für die Beitragseinnahmen bei den Sozialversicherung –, äußerten sich Arbeitgebervertreter positiv: Eine stark angehobene Grenze erhöhe die Chancen zur Etablierung eines Niedriglohnsektors. Auch die Gewerkschaften erhoben Einwände, während der frühere IG-Metall-Vorsitzende NRW und jetzige Arbeitsminister, Harald Schartau, ebenfalls einen Niedriglohnsektor für sinnvoll hält. Auch aus der CSU kam Zustimmung von der bayerischen Arbeitsministerin, Christa Stewens. Die CDU NRW hat auf ihrem Landesparteitag ebenfalls einen Beschluss in diese Richtung gefasst: „Einfache Dienstleistungen dürfen nicht durch Lohnzusatzkosten so verteuert werden, dass die potentiell große Nachfrage ausbleibt.“ Dieser Antrag soll auch auf dem Bundesparteitag der CDU Anfang Dezember vorliegen.

Gute Gründe für kräftige Lohnerhöhungen

Die IG Metall, die Anfang nächsten Jahres neue Lohntarife aushandelt, befindet sich in Verlegenheit: Die Konjunktur wackelt, aber dennoch drängen viele Mitglieder auf hohe Abschlüsse. IG Metall-Vorsitzender Zwickel hat in die Diskussion geworfen, man sollte einen Tarifabschluss mit einer Laufzeit unter einem Jahr machen; also vor den Wahlen den Kanzler schonen und die Mitglieder auf eine härtere Auseinandersetzung Ende 2002 vertrösten. Der Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser hat darauf geantwortet, er könne sich eine an die Produktivität gekoppelte Revisionsklausel vorstellen, die bei anziehender Konjunktur in Kraft trate.

Nun ist beim DGB-Bundesvorstand eine Studie veröffentlicht worden mit dem Titel „Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Arbeitnehmerkaufkraft seit 1991 stetig gesunken“, aus der wir ausführlich dokumentieren und die reichlich Stoff für eine nötige Lohndiskussion bietet. Es wäre schön, wenn sie weitere Verbreitung fände und nicht versteckt auf den Internetseiten des DGB verbleibt; bestimmte Argumente könnten die Kapitalseite ins Schwitzen bringen.

Der Studie des DGB ist zu entnehmen, dass sich die Einkommensposition des Kapitals verhältnismäßig stark verbessert hat, dass dies aber nicht zu einer entsprechenden Investitionstätigkeit geführt hat, also kein Wachstum indiziert hat. Dies bedeutet, dass die Gewinne in den Hochgehaltssektor und letztlich im Luxus verschwunden sind (jüngst wurde eine Studie einer Wirtschaftsprüfungsellschaft veröffentlicht, wonach die Verdienste deutscher Manager im vergangenen Jahr im Schnitt um acht bis zehn Prozent stiegen; bei den Vorständen der Dax-Unternehmen sogar um rund 30 Prozent, Süddt. Ztg., 6.11.).

Wenn die Haushalte sich gerade mal so halten können und (vermittelt über die Generationenfolge) direkte Verluste und Einschränkungen fühlbar werden, gibt der aufbrausende Luxus Anlass zu Ärger.

Allerdings hat die Studie die Schwäche, dass sie nicht zeigt, in welchen Realgütern sich der Reallohn ausdrückt. Im Godesberger Programm war die SPD anders verfahren: Fernseher, Waschmaschine, Auto, auch eigenes Häuschen, Bildung für die Kinder wurde als Ansprüche formuliert. Solche Formulierungen fehlen, und wenn sie fehlen, fehlt dem Kampf um die Lohnposition die Qualität.

Die Verschlechterung der Lohnposition trifft nach Alter und nach Lage auf der Einkommensskala ungleichmäßig. Könnte man eine Statistik der Fahrzeughalter nach Fahrzeugtyp und dem Alter finden, würde sich vielleicht schon etwas zeigen. Man müsste die Mängel formulie-

ren (zum Beispiel Wohnungen für junge Leute, Familien vor allem in Ballungsräumen). Weiter ist es so, dass die Lebensweise Eigentumsbildung voraussetzt, mindestens langlebige Konsumgüter, und hier sind die Chancen schlecht. Es gibt viele Lohneinkommen, bei denen man nicht sparen kann, und wenn man nichts sparen kann, kommen auch Schulden.

Die Vermittlung von Lohnposition und Lebensweise fehlt. Die Kritik der Verteilung unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten hat den Nachteil, dass sie relativistisch ist, d.h. sie beklagt Abwärtstendenzen und freut sich über jede Aufwärtsentwicklung.

Die These wäre: Die Verschlechterung der Lohnposition, die gemessen wurde, ging Hand in Hand mit großen Veränderungen bei den Transferzahlungen und den Lebensabschnitten Ausbildung/Arbeit/Rentenzeit sowie Arbeitslosigkeit/Tätigkeit und Arbeitsfähigkeit/Krankheit/Heilung. Diese großen Verschiebungen sind noch nicht abgeschlossen, aber die Veränderungen werden nicht mehr so stürmisch sein.

Das Transfersystem, das an der Lohnposition hängt, hat diese Verschiebungen nicht unbeschadet überstanden, aber der Masse nach hängt es immer noch an der Lohnposition. Wenn die Proportionen sich jetzt langsam festschreiben, wird dieser Umstand auch wieder sichtbar. Daraus folgt dann, dass die Verbindung Lohnbewegung / Lebensweise Lohnabhängigkeit in allen ihren Phasen wieder klarer wird.

Wie sind nun die Chancen? Wenn es stimmt, dass Lohnsenkungen in den gehobenen bis Luxuskonsum gegangen sind, dann sind die Chancen gut. Denn das trifft auch die Frage der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Denn was tut es der Leistungsfähigkeit der Firma, wenn die Manager in einem Lande nicht steinreich werden?

Wenn es weiter zutrifft, dass Anteile am Leben wie Bildungschancen, Mobilität usw. für ALLE eingefordert werden müssten, hat man auch da Aussichten.

Es gäbe also eine kurzfristige Devise, nämlich Schluss mit der Bereicherung der Reichen, und eine langfristige, welche Qualitäten soll die Reproduktion der Arbeitskraft haben. alk, maf

Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Arbeitnehmerkaufkraft seit 1991 stetig gesunken

Reihe Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 06/01

Vorbemerkung

Das Jahr 2000 war in vielerlei Hinsicht ein bedeutsames Jahr. Zum einen war es

ein robustes Wachstumsjahr. Mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 3 v.H. wurde das höchste Wachstum in Deutschland seit fast einem Jahrzehnt erzielt. Besonders dynamisch entwickelten sich wegen der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der insgesamt kräftigen Expansion der Weltwirtschaft die Exporte. Im Zuge der anziehenden Nachfrage aus dem Ausland wurde auch wieder verstärkt in neue Maschinen investiert. Demgegenüber ging die Bautätigkeit weiter zurück. Zum anderen war das Jahr 2000 aber auch das Jahr einer Ölpreiskrise; der Preis für ein Barrel Rohöl verteuerte sich von rund 10 US-Dollar im Februar 1999 auf 35 US-Dollar im Herbst 2000. Die Verteuerung der Energie bedeutete einen Verlust an Kaufkraft, die – wie schon in den Vorjahren – nur verhalten stieg. Die Gewerkschaften zeigten aber gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem externen Angebotsschock steigender Ölpreise und akzeptierten einen Kaufkraftentzug von 1 v.H. Erleichtert wurde diese Situation für die privaten Haushalte durch die Steuerreform, die erstmals nach drei Jahren ermöglichte, dass der reale Nettoverdienst stieg. So konnte die Arbeitnehmerkaufkraft trotz eines Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltung auf dem Niveau von 1999 gehalten werden. Die Lohnquote hat 1999/2000 aufgrund der zunehmenden Beschäftigung leicht zugenommen. Die Arbeitseinkommen sind stärker gestiegen als die Gewinne. Dies ist auf die höheren Kosten für Energie sowie auf den geringeren Anstieg der Produktivität gegenüber dem realen Arbeitnehmerentgelt zurückzuführen.

Das kräftige Wachstum wird sich in diesem Jahr nicht weiter fortsetzen, da die Weltkonjunktur weiterhin nur wenig expandiert. Bei rückläufigem Außenbeitrag, also zurückgehenden Exporterlösen, lässt die konjunkturelle Dynamik nach, da die Binnenkonjunktur nicht robust genug ist. Die Wirtschaftspolitik in Deutschland und in Europa muss sich zukünftig sowohl auf Exportförderung als auch vermehrt auf den privaten Konsum und die Investitionsentwicklung im Binnenmarkt konzentrieren. Statt dessen fordern die Arbeitgeberverbände weitere Lohnzurückhaltung und Strukturreformen ein. Die Erfahrungen mit der einseitig angebotsorientierten Politik der neunziger Jahre haben gezeigt, dass allein mit Strukturreformen die erhofften Wachstumsimpulse nicht erzielt werden. Die Überwindung der Beschäftigungskrise benötigt vielmehr gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ein spannungsfreies und kräftiges Wachstum bei Preisstabilität ermöglichen. Die Forderungen nach Lohnzurückhaltung und

nach Strukturreformen zur Stimulierung sind also nur vorgeschoben. Das primäre Ziel der Argumentation ist eine Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten.

I. Arbeitnehmereinkommen, Lohnquote und Lohnstückkosten

1. Löhne und Gehälter: Arbeitnehmeraufkraft seit 1991 jahresdurchschnittlich um 0,7 v.H. gesunken

Im Jahr 2000 sind die realen, d.h. preisbereinigten, Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 0,4 v.H. gesunken. Seit 1991 ergibt sich ein Gesamtwachs von lediglich 2,0 v.H. (vgl. Tabelle 1). In den Jahren 1993 und

1994 sowie 1997 ist der Bruttoreallohn ebenfalls zurückgegangen. Allerdings ist dem geringen Bruttoreallohnzuwachs von 2,0 v.H. im betrachteten Zeitraum 1991–2000 ein Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer von 5,5 v.H. hinzuzurechnen. Im Jahr 2000 sind die nominalen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer gegenüber 1999 mit 1,9 v.H. im genau denselben Ausmaß wie die Lebenshaltung aller privaten Haushalte angestiegen, d. h., der Nettoreallohn ist gleichgeblieben (noch Tabelle 1). Die entlastende Wirkung der Steuerreform führte somit zu einer etwas günstigeren Entwicklung der Nettolöhne als der Bruttolöhne.

Seit 1991 hat sich die Arbeitnehmeraufkraft um jahresdurchschnittlich 0,7 v.H. verschlechtert. Insgesamt gesehen handelt es sich um einen Rückgang der Kaufkraft seit 1991 um 5,9 v.H. Dieser Rückgang ist äußerst bedenklich. In diesen 10 Jahren war der Nettoreallohn von 1994 bis 1998 rückläufig. Allerdings muss auch hier noch einmal auf den Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer von 5,5 v.H. hingewiesen werden.

Die rückläufigen Nettolöhne bleiben somit noch deutlich hinter dem schon sehr schwachen, jährlich durchschnittlichen Anstieg der Bruttolöhne von 0,2 v.H. seit 1991 zurück. Die Ursache für diesen Rückstand und die fallende Kaufkraft der Arbeitnehmer in diesem langen Zeitraum war neben der geringen Bruttolohnerhöhung die zunehmende Steuer- und Sozialversicherungsbelastung der Arbeitnehmer. So machten die durchschnittlichen Abzüge an Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen von den Bruttolöhnen und -gehältern pro Arbeitnehmer im Jahre 1991 noch 30,5 v.H. aus; im Jahre 2000 waren es 35,8 v.H.

2. Lohnquote 2000 in etwa auf dem Niveau am Anfang der 70er Jahre

Tabelle 2 zeigt den Anteil der Arbeitneh-

Brutto-, Netto- und Realverdienste je beschäftigten Arbeitnehmer Deutschland – Monatsdurchschnitt –								
	Nomiale Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer monatlich	Nomiale Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer monatlich	Preissteigerungen ¹⁾	Reale Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	Reale Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer			
	DM	Veränderung in v. H.	DM	Veränderung in v.H.	1990 = 100	Veränderung in v.H.	1990 = 100	Veränderung in v. H.
1991 ²⁾	3.309		2.301		100,0		100,0	
1992	3.571	7,9	2.441	6,1	102,7	2,7	101,0	1,0
1993	3.727	4,4	2.557	4,7	102,6	-0,1	101,2	0,2
1994	3.802	2,0	2.562	0,2	101,9	-0,7	98,7	-2,5
1995	3.923	3,2	2.582	0,8	103,3	1,4	97,7	-1,0
1996	3.981	1,5	2.579	-0,1	103,4	0,1	96,3	-1,5
1997	3.990	0,2	2.547	-1,2	101,7	-1,6	93,3	-3,1
1998	4.031	1,0	2.574	1,1	101,8	0,1	93,4	0,1
1999	4.079	1,2	2.608	1,3	102,4	0,6	94,1	0,7
2000	4.141	1,5	2.658	1,9	102,0	-0,4	94,1	0,0
Durchschnitt 2000/91		2,5	1,6	2,3		0,2		-0,7

1) Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

2) Bereinigt um einen Großteil der extrem hohen Zahl von Kurzarbeitern von 1991 (1,62 Mio.) in Ostdeutschland

DGB-Berechnungen nach Angaben des Stat. Bundesamtes

merentgelte am Volkseinkommen. Er wird als tatsächliche Bruttolohnquote bezeichnet, in der neben den Arbeitnehmerentgelten alle Lohnkostenbestandteile enthalten sind, also auch die sogenannten Lohnnebenkosten, d.h. u. a. die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die freiwilligen Sozialleistungen, vermögenswirksame Leistungen.

Die Umverteilung zu Lasten der Löhne, wie sie bereits in den Erläuterungen zu Tabelle 1 deutlich wurde, zeigt sich auch hier: Trotz des rechnerischen Niveausprunges im Jahr 1991 ist die Bruttolohnquote seit den frühen 80er Jahren unter Schwankungen deutlich gesunken.

Sie liegt in etwa auf dem Niveau am Anfang der 70er Jahre, obwohl in der Zwischenzeit der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen (also einschließlich der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen), die Arbeitnehmerquote, stark angestiegen ist.

Im Jahre 2000 ist die Lohnquote aufgrund der zunehmenden Beschäftigung leicht gestiegen. Zudem nahmen die Gewinne wegen der höheren Kosten für Energie schwächer zu. Bei einer Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöht sich normalerweise die Lohnsumme und deren Anteil am Volkseinkommen automatisch, auch bei unveränderten Pro-Kopf-Löh-

nen. Deshalb wird in Spalte 2 der Tabelle der Einfluss der Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Arbeitnehmerquote) ausgeschaltet, und man erhält die bereinigte Lohnquote. Zu ihrer Berechnung wird die in Spalte 3 ausgewiesene Arbeitnehmerquote über alle Jahre konstant auf dem Wert des Jahres 1991 (90,7 v.H.) gehalten. Aufgrund der Tatsache, dass die Arbeitnehmerquote in den 90er Jahren zurückgegangen ist, liegt die bereinigte Lohnquote seitdem über der tatsächlichen. Gegenüber den frühen 70er zeigt sich jedoch ein Rückgang der bereinigten Lohnquote.

3. Lohnstückkostenentwicklung zeigt kontinuierliche Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer – kein Konflikt mit Geldpolitik

Die schwache Entwicklung sowohl der Löhne und Gehälter als auch der Lohnquote lassen vermuten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am

Bruttolohnquote in v. H. des Volkseinkommens			
Jahr	Bruttolohnquote ¹⁾		Arbeitnehmerquote ³⁾
	tatsächlich	bereinigt ²⁾	
Westdeutschland			
1970	68,0	73,0	83,4
1971	69,7	73,9	84,4
1972	70,3	74,0	85,0
1973	71,4	74,7	85,5
1974	73,9	77,0	85,9
1975	74,1	77,1	86,0
1976	72,9	75,3	86,7
1977	73,7	75,6	87,2
1978	72,9	74,5	87,6
1979	73,3	74,5	88,1
1980	75,8	76,8	88,3
1981	76,8	77,8	88,4
1982	76,9	77,8	88,5
1983	74,6	75,5	88,4
1984	73,4	74,2	88,5
1985	73,0	73,7	88,6
1986	72,1	72,8	88,7
1987	72,6	73,1	88,9
1988	71,5	71,9	89,0
1989	70,3	70,5	89,2
1990	69,6	69,7	89,4
1991	69,6	69,6	89,5
Deutschland			
1991	72,5	72,5	90,7
1992	73,7	74,0	90,4
1993	74,7	75,2	90,1
1994	73,8	74,5	89,8
1995	73,3	74,1	89,7
1996	72,8	73,6	89,7
1997	71,7	72,7	89,5
1998	71,0	72,1	89,4
1999	71,8	72,6	89,6
2000	72,0	72,8	89,7

1) Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen.

2) Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Beschäftigungsstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1991 wird über alle Jahre konstant gehalten.

3) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen

DGB-Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Nominale und reale Lohnstückkosten (Lohnzurückhaltung)

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	reales ¹⁾ Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	Produktivität ²⁾ je Erwerbstäigen		nominale Lohnstückkosten ³⁾		reale ¹⁾ Lohnstückkosten = Lohnzurückhaltung ⁴⁾		
	Änderung in %	Änderung in %	1991 = 100	Änderung in %	1991 = 100	Änderung in %	1991 = 100	Änderung in %	1991 = 100
1991			100		100		100		100
1992 ⁵⁾	10,5	5,2	105,2	3,8	103,8	6,4	106,4	1,3	101,3
1993	4,1	0,4	105,6	0,3	104,1	3,8	110,5	0,2	101,5
1994	3,0	0,5	106,1	2,5	106,7	0,5	111,0	-2,0	99,5
1995	3,6	1,6	107,8	1,5	108,3	2,1	113,4	0,1	99,5
1996	1,3	0,3	108,1	1,1	109,5	0,2	113,6	-0,8	98,7
1997	0,8	-0,1	108,0	1,6	111,2	-0,8	112,7	-1,6	97,1
1998	1,1	0,0	108,0	1,1	112,5	0,0	112,7	-1,1	96,0
1999	1,1	0,2	108,2	0,5	113,0	0,6	113,4	-0,3	95,7
2000	1,2	1,6	109,9	1,4	114,6	-0,1	113,2	0,2	96,0

1) Preisbereinigt mit dem Preisanstieg des Bruttoinlandsproduktes

2) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstäigen

3) Veränderung der Arbeitsentgelte (Spalte 1 für nominale und Spalte 2 für reale Lohnstückkosten) dividiert durch die Veränderung der Produktivität (analog der Rechenmethode im Anhang).

4) Negative Werte bei der jährlichen Veränderung und das Zurückbleiben hinter dem Index von 100 bedeuten Lohnzurückhaltung, d. h. die reale Lohnentwicklung schöpft den Produktivitätszuwachs nicht aus.

5) Die extrem hohe Kurzarbeiterzahl in 1991 überhöht zwar die Zuwachsraten von Arbeitsentgelt und Produktivität in 1992, allerdings im gleichen Ausmaß, so dass sie keinen Einfluss auf die Lohnstückkosten hat. Deshalb wurde auf eine Bereinigung verzichtet.

DGB-Berechnungen nach Angaben des Stat. Bundesamtes

wirtschaftlichen Fortschritt der vergangenen Jahre wenig teilgehabt haben. Dass die Gewerkschaften tatsächlich eine bemerkenswerte Lohnzurückhaltung betrieben haben, zeigt Tabelle 3 für die Entwicklung im vereinigten Deutschland der 90er Jahre. Aufschluss über diese Frage gibt die Entwicklung der realen Lohnstückkosten. Sie setzen die realen Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer ins Verhältnis zur Erwerbstägenproduktivität. Sinkt dieser Quotient im Zeitablauf, so bedeutet dies, dass die realen Arbeitnehmerentgelte mit der Produktivität nicht Schritt halten. Die Arbeitnehmer betreiben Lohnzurückhaltung. Volkswirtschaftlich irreführend ist es hingegen, nur auf einen Teil der Lohnkosten – die sog. Lohnnebenkosten – abzuzielen. Über die Arbeitskostensituation sagen diese Zahlen nichts aus.

Die rechte Spalte in Tabelle 3 zeigt das Ausmaß der Lohnzurückhaltung in den 90er Jahren. Zwischen 1991 und 2000 blieben die Arbeitnehmereinkommen um 4,0 v.H. hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Während die Erwerbstägenproduktivität um 14,6 v.H. gestiegen ist, wuchsen die realen Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer nur um 9,9 v.H. Die Arbeitnehmer wurden für ihre Leistungssteigerung folglich nicht ihrem Anteil gemäß entlohnt.

II. Entwicklung der Gewinne und der Kapitalrendite

1. Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Brutto- und Nettogewinne deutlich gestiegen

Wie schon aus dem Rückgang des Anteils der Lohneinkommen am Volkseinkommen zwischen 1980 bis 2000 und den gesunkenen Lohnstückkosten zu erwarten ist, sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Zeitablauf deutlich gestiegen.

Aussagefähiger wird die Entwicklung der Unternehmens- und Vermögensein-

kommen nach einer Bereinigung. Denn in dieser Einkommensgröße sind auch die Vermögenseinkünfte der Selbständigen, Arbeitnehmer und Rentner – insbesondere die Zins- und Mieteinkünfte – enthalten. Werden diese abgezogen, ebenso wie die negativen Vermögenseinkommen (Zinssaldo) des Staates, so erhält man den privatunternehmerischen Bruttogewinn im engeren Sinne. Dieser ist seit 1980 real um 71,4 v.H. gestiegen.

Um die Größe für die Gewinne zu ermitteln, die für unternehmerische Entscheidungen tatsächlich relevant ist, ist es nötig, eine Nettorechnung durchzuführen, die darlegt, was nach Steuerzahlung netto an Gewinnen und Rendite übrigbleibt.

Tabelle 5, rechte Spalte (nicht abgebildet), zeigt die Entwicklung der Netto-Gewinne. Sie sind seit 1980 real um 96,5 v.H. gestiegen.

2. Netto-Kapitalrenditen seit langer Zeit zweistellig

Die Gewinnentwicklung des letzten Abschnittes fokussiert auf die Entwicklung der Einkommenssituation auf der Unternehmensseite. Wichtig für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist in Ergänzung dazu die Kapitalrendite. Sie gibt Aufschluss darüber, wie sich die Gewinne im Verhältnis zum eingesetzten Kapital entwickelt haben. Diese Kapitalrentabilität der Unternehmen ist seit langer Zeit im zweistelligen Bereich und damit ausgezeichnet.

In Tabelle 6 (siehe Pol. Ber. Nr. 22, Seite 17) beziehen wir die nominalen Netto-Gewinne (ohne Wohnungsvermietung und Bundesbankgewinne) auf das entsprechende Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen und ermitteln so die Netto-Kapitalrendite. Es handelt sich um die reale Kapitalrendite, denn das Anlagevermögen wurde zu jeweiligen Wiederbeschaffungspreisen bewertet.

Damit ergeben sich folgende Ergebnisse:

- Die Netto-Kapitalrendite ist seit 1988 mit Ausnahme der Rezessionsjahre 1992 und 1993 im zweistelligen Bereich und damit grundsätzlich so hoch wie in den Vollbeschäftigtezeiten Anfang der 70er Jahre.

- Sie übertraf im bisherigen Verlauf der 90er Jahre deutlich den Durchschnitt

der 70er und 80er Jahre.

- Auch der Wert für Gesamtdeutschland erreichte seit 1995 die guten Werte Westdeutschlands in den Jahren 1986 bis 1990, als dort die Beschäftigung um 2 Mill. zugenommen hatte.

- Am aktuellen Rand ist die Kapitalrendite leicht gesunken. Dies ergänzt das gewonnene Bild über die Entwicklung in 2000.

4. Reichlich Eigenmittel für Investitionen

Zur Finanzierung von Sachinvestitionen benötigen die Unternehmen Mittel, um diese zu finanzieren. Die in Tabelle 5 (von uns nicht abgedruckt) ausgewiesenen Netto-Gewinne sind nur ein Bestandteil der Finanzierungsmittel. Trotz des kurzzeitigen Gewinnrückgangs in der Krise 1992/93 waren die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmensinvestitionen ab 1994 wieder sehr gut. Die unternehmenseigenen Finanzierungsmittel in Form von Netto-Gewinnen (abzüglich Unternehmerkonsum), Abschreibungen und Investitionszuschüssen des Staates übertrafen die Investitionen erheblich.

IV. Beschäftigungspolitische Schlussfolgerungen

3. Gesamtwirtschaftliche Konzeption für mehr Wachstum gefordert

(...) Nicht zuletzt ist eine stetige und gleichgewichtige Entwicklung von Löhnen und Gewinnen Voraussetzung und Garant für einen wachstumsfördernden Gleichklang von Konsum- und Investitionsentwicklung, wie die Erfahrungen der 60er, 70er und 80er Jahre gezeigt haben. Denn nur bei einer ausreichend hohen Dynamik der privaten Nachfrage werden die Unternehmen in neue Anlagen investieren.

<http://www.dgb.de/idaten/einkommen.pdf>
Herausgeber: DGB-Bundesvorstand Abt. Struktur- und Umweltpolitik. Verantwortlich: Heinz Putzhammer, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin. Rückfragen an: Ortrun Gauper, Telefon 030/240 60 -307, Telefax 030/240 60 -218./18.9.20 01

Regierung Schröder / Fischer will vom Bundestag einen Ermächtigungsbeschluss

Wenn mit dem Anschlag von New York darauf gezielt worden war, die Westmächte, insbesondere die USA, in einen Landkrieg im Mittleren Osten zu locken, dann ist dieses Ziel jetzt fast erreicht. So muss man deuten, dass die USA nun Truppen aus einer weiteren Zahl von Nato-Staaten anfordern, unter anderem aus der BRD. Wenn die USA die Kampfhandlungen ausdehnen, wird die Kritik zunehmen, und sie kann leichter niedergehalten werden, wenn die Staaten, aus denen Kritik zu erwarten ist, in die Ausweitung bereits verwickelt sind.

Wie Kanzler Schröder am heutigen Dienstag sagte, wird die Bundesregierung dem Bundestag einen Beschluss vorlegen, der vorsieht, ein Kontingent verschiedener, ziemlich genau spezifizierter Truppenteile, bereitzustellen.

dung für einen militärischen Einsatz bei Preisgabe jedes Fitzelchens von Kommando – hat sich Schröder etwas Schlaueres ausgedacht.

Dem Bundestag wird ein Bereitstellungsbeschluss vorgelegt, der – so jedenfalls Schröder auf der Pressekonferenz – im Wesentlichen aus der Liste der Truppenteile bestehen wird, und daraus, dass sie „für ein Jahr“ bereitstehen. Über den Einsatz wird dann, so jedenfalls die Vorstellung Schröders, die Bundesregierung entscheiden, und zwar ohne den Bundestag zu fragen. Die Regierung kann auf diesem Wege die Tatsache, dass sie selbst nicht wissen wird, auf welche Art von Reise diese Truppen im Einzelnen geschickt werden, kaschieren. Schröder spricht dann von der nötigen Geheimhaltung.

Diese Konstellation hat es in sich. Wie bekannt, haben die USA bei der Anzeige ihres Kriege bei der UNO vorsorglich bekannt gegeben, dass sie, falls nötig, die Kampfhandlungen auch auf weitere Gebiete ausdehnen würden. So kann sich die Bundesregierung in unüberschaubare Kriegshandlungen, die wachsende Teile der Menschheit gegen den imperialistischen Westen einnehmen müssen, gleich-

Alarmbereitschaft, im feindlichen Milieu letzten Ende und wesentlich aus der Luft zu unterhaltender Kessel sein würde. Es war in der Kriegsgeschichte noch nicht da, dass sich ein Truppenkorps mutwillig, aus freien Stücken in eine solche Lage begeben hätte. Mag sein, dass die drückende technische Überlegenheit der Westmächte eine solche Strategie zulässt.

Für uns als Antikriegsbewegung in der BRD ist es wichtig, ist es atemberaubend zu sehen, mit welch dreisten Konstruktionen sich Schröder, Fischer und die anderen aus der Verantwortung für den Gang der Ereignisse herauszuwinden streben.

Wird der Bundestag sich dieser seltsamen Logik aufschließen, wonach es sein Teil ist, Truppen bereitzustellen, ohne dass irgendjemand verantwortlich sagt wozu? Schröder sprach es in der Pressekonferenz wortwörtlich, brutal und deutlich aus: Es geht um eine Ermächtigung der Regierung.

maf

Zuwanderung

Nur faule Kompromisse

Zum Kompromiss zwischen SPD und Grünen erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

Der Kompromiss ist faul. Den wenigen Verbesserungen stehen massive Verschlechterungen im Bereich der Bürger- und Menschenrechte gegenüber. Wenn die grüne Fraktionsvorsitzende Kerstin Müller jetzt „Zufriedenheit“ äußert, dann täuscht sie darüber hinweg, dass ihre Partei nun endgültig ihre Prinzipien zu Grabe getragen hat.

Eine detaillierte Analyse kann erst anhand der Wortlaute erfolgen. Schon jetzt steht fest:

- Es gibt im Bereich der Zuwanderung die geringe Verbesserung, dass geschlechtsspezifisch Verfolgte oder Opfer nichtstaatlicher Verfolgung zwar noch immer kein Asyl, aber immerhin den Abschiebungsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten sollen. Damit macht das deutsche Recht allerdings keinen großen Schritt, sondern vollzieht nur endlich nach, was weltweit längst Standard ist. An anderer Stelle werden dafür die Ausweisungsgründe verschärft – auch hier geborene und aufgewachsene Einwohner ohne deutschen Pass sollen leichter als bisher ausgewiesen und in ihre „Heimat“ abgeschoben werden können.

- Zuwanderung soll schärfstens begrenzt werden. Quoten sind Schily zufolge nicht geplant, doch werde es „Begrenzungen“ geben. Die Zuzugsbedingungen Bildung, Arbeit und humanitäre Gründe würden künftig „besser geprüft und enger gehandhabt“. Das Aschenputtelprinzip hat sich damit im deutschen Recht endgültig durchgesetzt: Die Guten (für die Wirtschaft Nützlichen) ins Töpf-

PDS: Keine deutsche Beteiligung – Krieg beenden

Zur Ankündigung von Bundeskanzler Gerhard Schröder über einen bevorstehenden Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan erklären PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer und Fraktionschef Roland Claus:

Die PDS lehnt die deutsche Beteiligung an Militäreinsätzen in Afghanistan ab. Die PDS hält und hält den Krieg der USA gegen Afghanistan für eine falsche Entscheidung und für untauglich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Gemeinsam gegen Terrorismus vorzugehen, heißt nicht, gemeinsam in den Krieg zu ziehen.

Die PDS fordert den Bundestag auf, nicht erneut einen Vorratsbeschluss im Sinne eines Freibriefs für Militäreinsätze zu fassen. Wenn im Beschluss von der Bereitstellung militärischer Kräfte die Rede ist, geht es um deren Ein-

satz im Kriegsgebiet.

Während bisher für Deutschland noch geringe Spielräume für politisches und diplomatisches Handeln gegeben waren, werden diese nun verbaut. Die Bundesregierung hätte die gesellschaftlichen Impulse aufgreifen sollen, die – wie die PDS – kritische statt uneingeschränkte Solidarität mit den USA fordern.

Die PDS verlangt:

- Schluss mit dem Krieg in Afghanistan
- Keine deutsche Beteiligung an Militäraktionen
- Übergang zu politischen Lösungen im Kampf gegen den Terror
- Wirksame Flüchtlingshilfe.

Die PDS wird auch künftig Initiativen der Friedensbewegung, von Schülerinitiativen und anderen Anti-Kriegs-Aktivisten unterstützen.

sam verwickeln lassen.

Nach den Meldungen der Nachrichtenagenturen lässt sich vermuten, die US-Streitkräfte wären jetzt dabei, den Truppen der sog. Nord-Allianz einen Vormarsch zu ermöglichen, um dann in dem von diesen Allianz kontrollierten Gebiet einen Luftstützpunkt einzurichten. Die Schwierigkeit dieses Plans besteht wohl darin, dass die Nord-Allianz nur als politisches Feigenblatt taugt, so dass ein US-Stützpunkt doch eine in stetiger

Schröder legte Wert auf die Feststellung, dass BRD-Truppen an der Bombardierung Afghanistans nicht teilnehmen würden. Objektiv wichtig ist, dass der Fleckenteppich von Truppen so zusammengestückt ist, dass sie nur in operierenden Verbänden eingegliedert werden können. Selbständig werden sie nicht einmal flüchten oder kapitulieren können. Über alle wichtigen Einzelheiten der Handlung werden die USA entscheiden.

Vor diesem Hintergrund – Entschei-

chen der Einwanderung, die Schlechten (z.B. Flüchtlinge) ins Kröpfchen der Ausweisungen und Abschiebungen.

• Zur Integration von Migranten gibt es weiter nur Versprechungen, keine Festlegung.

Die Einigung der Regierungsfraktionen auf diesen Katalog der Scheußlichkeiten ist ein Skandal. Vor allem die Grünen haben damit den Menschenrechtsorganisationen und Fachverbänden, die seit Monaten vor einem Abbau der Bürgerrechte und des Schutzes für Migrantinnen und Migranten warnen, ins Gesicht geschlagen.

Stellungnahme des DGB: Von modernem Zuwanderungsrecht noch weit entfernt

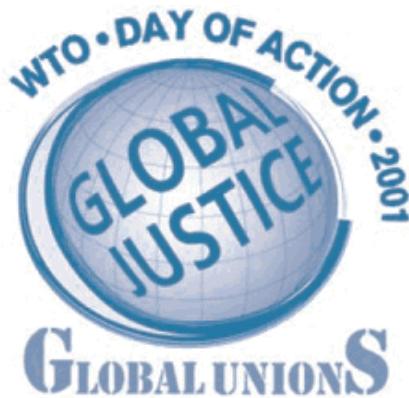
„Von einem modernen Zuwanderungsrecht sind wir noch weit entfernt“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer. Er bewertete die Kabinettsvorlage zwar als Fortschritt gegenüber dem ersten Entwurf des Bundesinnenministeriums, allerdings seien wichtige Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände für eine gestaltende Einwanderung nicht erfüllt. Die Koalition beschränke sich immer noch auf die rein aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen.

„Wer populistischen Forderungen nach weiterer Begrenzung der Zuwanderung entgegen treten will, muss die Einwanderung mit bildungs- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen verbinden“, sagte Putzhammer. Daher dürften Ausländer, die bereits in Deutschland leben, nicht länger vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Zudem müssten Eingliederungsmaßnahmen für arbeitslose Migranten verstärkt werden. Die vorgeschlagenen Übergangsregelungen müssten im weiteren parlamentarischen Verfahren überarbeitet werden. „Notwendig ist eine Regelung, die neben einem gleichrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt auch die aufenthaltsrechtlichen Bedingungen für bereits lange in Deutschland lebenden Migranten verbessert“, forderte Putzhammer.

Als Fehlentscheidung bezeichnete Putzhammer den Vorrang für eine kurzfristige und befristete Zuwanderung von Arbeitskräften. „Gastarbeiteranwerbung auf diese Art hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert und letztlich die Arbeitslosigkeit bei Migranten erhöht“, betonte Putzhammer. Damit werde das Ziel, die Folgen der demografischen Entwicklung für die sozialen Sicherungssysteme aufzufangen, nicht erreicht. Deutschland brauche die Einwanderung von gut qualifizierten Arbeitskräften, die sich auch auf veränderte Anforderungen am Arbeitsmarkt einstellen könnten. „Notwendig ist ein an der langfristigen Arbeitsmarktentwicklung orientiertes System zur Dauereinwanderung mit flexiblen Quoten und einem Punktesystem zur Auswahl der Arbeitskräfte“ forderte Putzhammer.

Weltweiter Aktionstag gegen das WTO-Gipfeltreffen vom 9. bis 13. November in Katar

Am 9. November beginnt die 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha (Emirat Katar). Aus diesem Anlass hat der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) zum „Global Unions“-Aktionstag aufgerufen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fordern in aller Welt eine „neue Globalisierung“. Es ist der erste weltweite Aktionstag des IBFG überhaupt. In Deutschland ruft u.a. die Gewerkschaft Ver.di zu diesem Aktionstag auf. Örtliche Aktionen sollen am 10. November 2001 stattfinden. Wir dokumentieren im folgenden die Rede von Bill Jordan, Generalsekretär des IBFG.



Warum wir zu einem Aktionstag aufrufen

Bill Jordan, Generalsekretär, IBFG

Brüssel, September 2001: Am 9. November beginnt die Tagung der 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Katar. Dieser Tag ist auch der „Global Unions“-Aktionstag. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften fordern in Betrieben in aller Welt eine „neue Globalisierung“.

Stärkung der Demokratie und Reform der WTO

Zu einer Zeit, in der die Demokratie und eine offene Gesellschaft in so brutaler Weise angegriffen werden, müssen wir die Demokratie und den globalen Ordnungsrahmen stärken. Wir müssen uns zum Aufbau einer Welt verpflichten, in der sich Demokratie und Rechte durchsetzen. Der Aktionstag wird nicht nur Gelegenheit zum Protest bieten, sondern auch zum Nachdenken und zu Diskussionen. Die Welle der nachdrücklichen Reaktionen auf die Terroranschläge seitens der Gewerkschaften in aller Welt bestärkt uns in dem Gefühl einer globalen Gewerkschaftsgemeinschaft und -solidarität, während wir die zentralen Forderungen des Aktionstags vorlegen.

Die Reaktion auf internationale Terrorismus und internationale Kriminalität muss die Untermauerung der Rechtsstaatlichkeit und internationaler Solidarität, von Rechten und Demokratie beinhalten. In diesem Zusammenhang müssen zwischenstaatliche Prozesse wie die der WTO umgehend gestärkt werden, indem sie offener und rechenschaftspflichtiger gemacht werden, um einer fairen und gerechten Globalisierung Vorschub zu leisten.

Alte Globalisierung – destruktive Globalisierung

Wie schon in Seattle im Jahr 1999 wird es bei der Tagung in Katar zu einer Machtprobe kommen. Auf der einen Sei-

te werden die Befürworter der Globalisierung deren Errungenschaften herausstellen. Diese Menschen, eine mächtige Minderheit, haben tendenziell enge Verbindungen zur Geschäftswelt oder zu den internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank. Auf der anderen Seite werden Menschen in aller Welt ein menschliches Antlitz der Politik und der anstehenden Entscheidungen fordern.

Bei ihrem Streben nach Wettbewerbsfähigkeit haben einige Regierungen in den letzten beiden Jahrzehnten absichtlich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hervorgerufen. Eine derartige Politik sendet ein schreckliches Signal an die Unternehmen: „Wenn Ihr höhere Gewinne wollt, investiert hier – Ihr könnt Eure Beschäftigten wie Dreck behandeln und ihnen so gut wie nichts bezahlen, und wir werden sogar noch unsere Gesetze ändern, um dafür zu sorgen, dass Ihr mit all dem durchkommt.“ So sieht die destruktive Globalisierung aus. Sie hat zur Verbreitung einiger schlimmer Praktiken geführt. Millionen Kinder arbeiten in der Exportproduktion, in Sektoren wie dem Bergbau, der Bekleidungs- und Textilindustrie, in der Schuhproduktion, der Fußballherstellung und in Teppichknüpfereien. Dadurch, dass sie nicht in die Schule gehen und keine Grundschulbildung erhalten, sind diese jungen ungelernten Arbeiter die jungen Arbeitslosen von morgen.

Zig Millionen verrichten Zwangsarbeit. Dabei handelt es sich um nichts anderes als Sklaverei, es wird nur anders genannt. In Ländern wie Birma haben Hunderttausende Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen unter der Aufsicht bewaffneter Wächter die Arbeit an Eisenbahnliniien und Pipelines für Unternehmen wie TOTAL-Fina, UNOCAL und Premier Oil verrichtet. Diese Menschen wurden in den Dschungel geschleppt und mit vorgehaltenem Gewehr gezwungen, unter beklagenswerten Bedingungen zu arbeiten. Freie Exportzonen (FEZ) sind spezielle Industriegebiete, in denen das geltende Arbeitsrecht des Landes häufig

keine Anwendung findet, um Investoren anzuziehen. Sie sind ein klassisches Symbol für destruktive Globalisierung. Diejenigen, die diese Zonen vermarkten, rühmen sich häufig damit, dass es die Unternehmen leicht haben werden, Frauen einzustellen, die – ihren Worten zufolge – nicht nur billiger als Männer seien, sondern auch fügsamer und weniger geneigt, Unruhe zu stiften. Es versteht sich von selbst, dass Gewerkschaftsvertreter aus diesen Zonen meistens herausgehalten werden, sei es durch das Gesetz oder durch brutale Gewalt. 1999 gab es Schätzungen der OECD zu folge rund 850 solcher Zonen – Tendenz steigend. Die Realität der Globalisierung in diesen Zonen sieht so aus: Diskriminierung, weniger Schutz für die Beschäftigten und Verlust des Rechtes letzterer, sich von Gewerkschaften demokratisch vertreten zu lassen.

Ohne jemanden, der sich für sie einsetzt, können die Beschäftigten in den FEZ unbegrenzt ausgebeutet werden, häufig ohne dass dies auffällt.

Hat sich das nun alles gelohnt? Wieviel genau haben wir alle nach mehrjähriger Liberalisierung, Deregulierung und Pri-

bestraft, eingesperrt und sogar getötet. Nicht nur diejenigen, die sich politisch betätigen, sondern auch diejenigen, die lediglich die Dinge in ihrem Betrieb verbessern wollen.

Die Forderung nach einer neuen Globalisierung

Am „Global Unions“-Aktionstag wird die internationale Gewerkschaftsbewegung deutlich machen, wie entschlossen sie ist, destruktiver Globalisierung Einhalt zu gebieten, wenn durch die Verletzung grundlegender Arbeitnehmerrechte Wettbewerbsvorteile gesucht und ausgenutzt werden. Gefordert wird eine neue Art von Globalisierung.

Wir befürworten eine durch Solidarität und Gerechtigkeit untermauerte Globalisierung, nicht jedoch eine, die die Werte und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Welt und ihrer Gemeinwesen untergräbt. Wir wollen eine Globalisierung, bei der ein größeres Handels- und Investitionsvolumen auch mehr Gerechtigkeit und Chancen bedeutet. Das Thema dieses Aktionstags lautet: „Die Globalisierung in den Dienst der

ne Aktionsformen beinhalten, aus denen die zahlreichen Anliegen erwerbstätiger Menschen hervorgehen, damit unsere Botschaft in wirksamer Weise deutlich gemacht wird. Obwohl die Aktivitäten von Land zu Land unterschiedlich sein werden, sollte der Betrieb in jedem Fall im Mittelpunkt stehen. Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen, öffentliche Informations- und Mobilisierungsbemühungen, medienorientierte Aktionen und Petitionen auf der Grundlage unserer gemeinsamen Forderungen sind alles Aktivitäten, die unserer Sache dienen können. Die Aktionen müssen nicht auf den Aktionstag selbst begrenzt sein. Sie können auch vor und während der WTO-Ministerkonferenz selbst stattfinden (die Konferenz dauert bis zum 13. November).

Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird am Aktionstag in Katar vertreten sein. Wir werden den an der WTO-Ministerkonferenz teilnehmenden Regierungen unsere Argumente darlegen. Eure Bemühungen werden zusätzliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen und die Wirkung unserer Argumente verstärken. Durch das Vortragen Eurer Anliegen in Euren eigenen Gemeinwesen und Betrieben werdet Ihr zudem deutlich machen, dass es dabei nicht nur um ein paar Protestierende bei irgendeiner Konferenz auf der anderen Seite der Welt geht. Es geht hier um Entscheidungen, die das Leben aller verändern, in Betrieben überall auf der Welt.

Um Euch bei der Vorbereitung auf den 9. November behilflich zu sein, hat der Gewerkschaftsdachverband in Eurem Land weitere Vorschläge, Informationen und Materialien vom IBFG erhalten. Wir haben bereits eine spezielle Web-Seite eingerichtet, die weiteres Material enthält und es Euch ermöglicht, Eure Gedanken und Pläne mit anderen auszutauschen (<http://www.global-unions.org/wto-action>). Wir fordern Euch dringend auf, beim „Global Unions“-Aktionstag mitzumachen und ihn mit zu gestalten, damit Eure Stimmen überall auf der Welt laut und deutlich gehört werden. Wir möchten Euch bitten, uns über die – egal ob großen oder kleinen – Pläne Eurer Organisation für den Aktionstag zu informieren und auf dem laufenden zu halten und uns Beispiele von Materialien, Postern, Videos und sonstigem Material, das Ihr zusammenstellt, zu über senden. Wir werden dies dazu benutzen, um andere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ebenfalls zur Mobilisierung zu ermutigen. Eine gemeinsame Anstrengung in allen Regionen und allen Branchen weltweit ist der Schlüssel zum Erfolg, damit der „Global Unions“-Aktionstag am 9. November zu einem Tag gemacht werden kann, an dem sich die ganze Welt erinnern wird. Eure Aktion kann gemeinsam mit der anderer in der ganzen Welt dazu beitragen, dass eine globale Wirtschaft geschaffen wird, die in den Dienst der vielen und nicht nur einiger weniger gestellt wird.



vatisierung profitiert? Die Reichen werden reicher, und die Armen werden ärmer. Laut Vereinten Nationen sind heute 66 Länder ärmer als vor zehn Jahren. 1960 wurden die Menschen in den reichsten Ländern der Welt zwanzigmal besser bezahlt als diejenigen in den ärmsten Ländern der Welt – heute werden sie mindestens vierzigmal besser bezahlt.

Mehr als 10 Millionen Kinder in Entwicklungsländern sterben immer noch jedes Jahr an vermeidbaren Krankheiten, die Kinder in reicheren Ländern meistens gar nicht erst bekommen. Diese Art von „Wohlstand“ ist keine Rechtfertigung für das gegenwärtige verrückte Bemühen um Investitionen um jeden Preis. Und, wie in der Jährlichen Übersicht des IBFG über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten immer wieder belegt wird, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in aller Welt werden nach wie vor von Regierungen und Arbeitgebern

Menschen stellen“. Ich rufe Euch dazu auf, Euch dieser Aktion anzuschließen. Wie ein roter Faden werden sich einige gemeinsame Forderungen durch unsere Aktionen ziehen. Wir wollen eine Globalisierung, die:

- die Rechte und die Arbeitsplatzsicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert
- eine qualitativ hochwertige Bildung und Gesundheitsversorgung für alle untermauert
- den Armen hilft und nicht nur den Reichen
- offen und demokratisch ist
- allen Menschen überall nützt
- für wirkliche globale Gerechtigkeit und Gleichheit sorgt

Angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in jedem Land und der spezifischen Anliegen von Gewerkschaften in bestimmten Sektoren muss ein solcher Aktionstag viele verschiedene



Nun hat auch die französische Kommunistische Partei eine Doppelspitze. Auf ihrem 31. Parteitag wurde die derzeitige französische Sport- und Jugendministerin Marie-Georges Buffet zur neuen Nationalsekretärin gewählt. Für Robert Hue, den bisherigen Parteichef und Präsidentschaftskandidat wurde eigens das Amt des Parteipräsidenten geschaffen. Dies kann man wohl als Abgang auf Raten bewerten. Denn Hue hat durch seine uneingeschränkten Unterstützungen für die Politik der USA nach dem 11. September viel Unmut in der Partei geschaffen. Ihre Ablehnung gegen die Position ihres Vorsitzenden drückten viele Parteimitglieder durch ihre Teilnahme an den Antikriegsdemonstrationen aus, die vor allem von trotzkistischen Parteien organisiert wurden. Deinen Einfluss wächst auch kontinuierlich in der französischen Politiklandschaft. Nach neuesten Umfragen liegt die trotzkistische Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller vor Robert Hue. Diese Entwicklung konnte die KPF offenbar nicht ignorieren. Daher lud sie den trotzkistischen Europaabgeordneten und Vorsitzenden der „Revolutionär kommunistischen Liga“ (LCR) Alain Krivine auch als Gast zu dem Parteitag ein. Der kritisierte dort die KPF heftig. Sie sei „eine Partei von Abgeordneten, die den Kontakt zur ihrer Basis verloren habe, und am Tropf der Sozialistischen Partei hängt.“

Frankreich: „Kollateralschaden an Bürgerrechten“

Die französische Nationalversammlung verabschiedete letzte Woche in letzter Lesung eine Vorlage der Linksregierung, die Polizei und privaten Sicherheitsdiensten mehr Rechte zugestellt und der Justiz längeren Zugriff auf Daten aus Telefon- und Internetgesprächen. Die an der Regierung beteiligten Grünen sprachen von einem „Kollateralschaden des Krieges in Afghanistan für die individuelle Freiheit“. Die Abgeordneten der Grünen verließen vor der Abstimmung das Parlament, die Kommunisten, ebenfalls in der Regierung, enthielten sich der Stimme. Die bis Ende 2003 befristeten Maßnahmen erlauben der Polizei, den Kofferraum von Autos zu durchsuchen auch ohne Anwesenheit des Halters. Private Sicherheitsdienste dürfen nun auch auf Bahnhöfen, Flughäfen und in Stadien oder großen Geschäften Gepäck- und Körperkontrollen vornehmen. Die Justiz kann Telekommunikationsunternehmen verpflichten, bis zu einem Jahr lang Informationen über Telefongespräche und Datentransfers im Internet zu speichern.

Jugoslawische Spaltungen?

Der jahrelange Streit um die Unabhängigkeit Montenegros soll nun durch eine

Volksabstimmung entschieden werden. Darauf einigten sich die Regierungen von Serbien und Montenegro. „Wir sind damit gescheitert, unsere Positionen anzunähern, und deshalb gibt es nur einen möglichen Weg. Die Bürger Montenegros müssen ihren Willen in einem Referendum ausdrücken“, sagte Jugoslawien Präsident, Voislav Kostunica nach dem vorerst letzten Treffen mit der Führung Montenegros. Erst Anfang Oktober hatte die Demokratische Partei der Sozialisten (DPS), die Präsident und Regierung in Montenegro stellt, die Unabhängigkeit der jugoslawischen Teilrepublik in ihr Programm aufgenommen. Damit war von vornherein jedes Gespräch über eine Änderung des Status der Teilrepublik überflüssig.

Die Bevölkerung Montenegros ist über die Frage einer Lostrennung nach wie vor gespalten. Neueste Umfragen gehen von einer knappen Mehrheit für eine Beibehaltung des jetzigen Status aus.

Aber selbst wenn ein knappes Ja für eine Lostrennung herauskommt, wäre die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament für eine Verfassungsänderung nicht gegeben. Neuwahlen stehen dann auf dem Programm und deren Ausgang ginge dann, nach Umfragen für die jetzige Opposition, das Sammelbündnis „Gemeinsam für Jugoslawien“ unter Führung der „Sozialistischen Volkspartei“ (SNP) aus.

Staying Alive

Zu Zeiten des kalten Krieges sollten sie hinter den feindlichen Linien klandestine Kampftruppen aufbauen, falls die Sowjetunion in Westeuropa einmarschiert. Doch die antikommunistischen Undercovereinheiten entwickelten sich zu geheimen Organisationen für die Aufstandsbelebung gegen die linke außerparlamentarische Opposition in allen Mitgliedsländern der Nato. Besonders berüchtigt ist Gladio, die italienische Version des Stay-Behind-Netzes. Das Aktionsbündnis aus Faschisten, CIA-Agenten, den paramilitärischen Carabinieri und Geheimdiensten, das in den letzten Jahrzehnten für mehr als 100 Tote in Italien verantwortlich gemacht wurde, scheint unter der rechten Regierung von Silvio Berlusconi wieder Aufwind zu bekommen.

Mitte Oktober forderte der ehemalige italienische Staatspräsident und Senator auf Lebenszeit, Francesco Cossiga, in einer Grußbotschaft an die 6. Tagung der italienischen Stay-Behind-Soldner in Pordenone vom Außenministerium „die Rehabilitation“ von Gladio „in den Augen der Öffentlichkeit“, wie die kommunistische Tageszeitung *Liberazione* berichtete.

In der aktuellen Situation wittert man offenbar eine neue Mission. Angesichts des aktuellen Bedrohungsszenarios durch den internationalen Terrorismus schlägt der als rechter Hardliner bekannte Cossiga, *Liberazione* zufolge, außerdem die „Schaffung einer Vereinigung der Kommandanten und Einsatzkräfte des Stay-Behind-Netzes aus den Ländern des atlantischen Bündnisses“ vor. Quelle: *Jungle World*

Russland: Wlassow nicht rehabilitiert

Für den früheren sowjetischen General Wlassow gibt es auch 50 Jahre nach seiner Hinrichtung wegen seines Überlaufs zur Deutschen Wehrmacht und seines Söldnerdienstes im Dienste der Nazis keine Rehabilitierung. Das Militärkollegium des Obersten Gerichts Russlands bestätigte letzte Woche das im Jahre 1946 gefällte und vollstreckte Todesurteil wegen Vaterlandsverrat.

1942 ging Wlassow freiwillig in deutsche Gefangenschaft gründete das „Komitee zur Befreiung der Völker Russlands“ und bildete aus russischen Kriegsgefangenen die „Russische Befreiungsarmee“ (ROA). An der Seite der Deutschen kämpfte die ROA gegen die Rote Armee. Bei Kriegsende begab sich Wlassow in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Kurz darauf wurden aber die ROA-Leute an die Sowjetunion ausgeliefert und hingerichtet. Das Oberste Gericht Russlands hatte den Fall Wlassow auf Antrag der Bewegung „Für Glauben und Vaterland“ behandeln müssen.

Zusammenstellung: hav

WIDERSTAND

GORLEBEN, LÜNEBURG. Wie sicher ist der Atommüll in Gorleben? Gern deklarieren deutsche Politiker den Strahlenmüll aus La Hague und Sellafield als „nationale Verantwortung“. Gelagert wird aber hinter klapprigem Mauerwerk von weniger als 50 Zentimeter Dicke. Auf diesen skandalösen Umstand wies Greenpeace am 2. November mit einer Aktion in Gorleben hin. Aus Protest gegen den bevorstehenden Castor-Transport haben 20 Aktivisten von Greenpeace und der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vor dem Eingang des atomaren Zwischenlagers 30.000 Kilogramm Kartoffeln abgeladen. An das Tor schweißten sie eine Metallplatte mit der Aufschrift „Atommüll-Lager Gorleben: So sicher wie eine Kartoffelscheune. Stop Castor!“ (Bild). Am 10. November findet in Lüneburg die bundesweite Auftaktkundgebung gegen den geplanten Castor-Transport nach Gorleben statt. Sie beginnt um 10 Uhr auf den Sülzwiesen. Allerdings muss das Aktionsbündnis den Ort der Abschlusskundgebung ab 12.30 Uhr noch vor Gericht erstreiten, da die Stadt Lüneburg eine Kundgebung vor der Bezirksregierung untersagt hat.

www.greenpeace.de



Landesweite Demonstration: „Lasst die Bundeswehr zu Hause!“

CALW. Unter den Losungen „Stoppt den Krieg sofort! Uneingeschränkte Solidarität mit den Opfern! Lasst die Bundeswehr zu Hause!“ ruft das Friedensnetz Baden-Württemberg am 8.12.2001 in Calw zu einer landesweiten Demonstration auf gegen jeden etwaigen oder schon stattfindenden Bundeswehreinsatz. Calw ist der Sitz der Kommando Spezialkräfte (KSK), der Speerspitze der sogenannten „Krisenreaktionskräfte“. Kaum eine andere Einheit symbolisiert die Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit interventionsfähige Armee mehr als diese Truppe. Kritische Texte zum Kommando Spezialstreitkräfte hat die Informationsstelle Militarisierung (IMI) zusammengestellt unter: www.militarisierung.de/2001-KSK.html.

Großes Interesse an Veranstaltung gegen Schilys Repressionspaket

FRANKFURT A.M. Mit einer Veranstaltung zu Schilys Paket der Repressionsmaßnahmen kam die Gewerkschaft ver.di Frankfurt einem offensichtlich starken Interesse entgegen – etwa 300 Personen kamen. Als Referenten waren Horst Eberhardt Richter und Hans-Rüdiger Minow geladen. Dr. Richter prophezeite eine schnell wachsende Bewegung in Deutschland gegen diesen Maßnahmenkatalog und den Eintritt Deutschlands in den Krieg im Mittleren Osten. Dies machte er an dem gerade stattgefundenen Kongress von „Attac“ fest, der zu seiner eigenen Überraschung von 4.000 Menschen besucht wurde. Rüdiger Minow warnte davor, die deutsche Beteiligung am Krieg nur durch Druck der USA motiviert zu sehen. Die deutsche Regierung und die herrschende Klasse verfolge durchaus eigene Machtinteressen.

Zwei Resolutionen wurden verabschiedet zur Unterstützung von Lehrern, die gegen den Krieg in Afghanistan kritisch Stellung bezogen haben und suspendiert, versetzt oder abgemahnt wurden.

den. Auch ein Fall von fristloser Kündigung eines türkischen Arbeiters wurde bekannt, der sich einer verordneten Schweigeminute widersetzte. udi

Blockade gegen Naziaufmarsch mit ungerechtfertigter Härte aufgelöst

LEIPZIG. Für den 3.11. 12 Uhr hatten sich wieder einmal die Nazis in Leipzig angekündigt. Sie wollten wie schon am 1.9. zum Völkerschlachtdenkmal ziehen – am 1.9. kamen sie 200 Meter. Immerhin mit 2000 hatten sie diesmal geplant – mit 800 marschierten sie dann auch... d.h. zunächst mussten sie am Hauptbahnhof warten, da sie nicht alle Auflagen erfüllen konnten und noch auf 9 Busse aus dem ganzen Bundesgebiet warteten. So gegen 15 Uhr setzten sie sich dann doch in Bewegung – geschützt durch 4000 Polizisten. Nach 50 Metern eine erste Gegendemo aus ein paar Hundert Alternativen, darunter nicht wenige, die sich zum ersten Mal auf einer solchen Demo befanden. Mit einer Sitzblockade wollten sie den Nazis den Weg versperren. Diese sollte nicht lange halten – mit unglaublicher Härte wurde diese von der Polizei geräumt und dabei einige Demonstranten verletzt. Als Reaktion flogen vereinzelt Bierflaschen, auf die die Polizei mit Wasserwerfern antwortete und so den Weg freiräumte. Die Nazidemo konnte weiterziehen – Gegendemonstranten am Straßenrand zeigten mit Sprechchören, dass es in Leipzig keinen Platz für rückwärts-

gewandte Denkweisen gibt.

Am Augustusplatz – auf der Demonstrationsroute gelegen – hatten verschiedene Organisationen, Gewerkschaften und Parteien zu einer friedlichen Blockade aufgerufen. In der ersten Reihe standen namhafte PolitikerInnen, Stadträte, Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete und vor allem ältere DemonstrantInnen, in der Hand ein Transparent, auf dem 10.000 LeipzigerInnen gegen Rassismus und Intoleranz unterschrieben hatten. Dahinter eine bunt gemischte Demonstration aus ca. 5000–6000 BürgerInnen von 10 bis 70. Unter den Demonstranten auch Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee. Mit „Kehrt um!“, „Leipzig ist 'ne schöne Stadt, wir haben die Faschisten satt!“ und „Wir bleiben hier!“ wollten sie den Nazis den Weg zurück zum Bahnhof weisen. Dann forderte die Polizei die Demonstranten auf die Straße zu räumen. OB Tiefensee forderte ebenfalls dazu auf und ging zur Seite. Die Demonstranten aber blieben stehen und setzten ihre friedliche Blockade fort. „Wir bleiben hier!“ ertönte abermals – und „Keine Gewalt!“. Davon zeigte sich die Polizei aber nicht sonderlich beeindruckt und versuchte die Demonstration aufzulösen – die Polizisten zerrten einigen (auch älteren) Demonstranten die Köpfe zurück und sprühten ihnen Pfefferspray ins Gesicht, zogen an den Haaren und pressten sich gegen die Demonstranten... Zeitweise drückten die Polizisten aus drei verschiedenen Richtungen ... Dann war die Straße frei, der OB mischte sich wieder unter die Demonstranten ... Die Nazidemo konnte einige Meter weiterziehen, bevor sie auf Grund Zeitüberschreitung umkehren musste und aufgelöst wurde ... Traurig ist, dass man sich auf Grund dieses unverhältnismäßig harten Polizeieinsatzes gegen eine bis zum Ende friedliche Demonstration gar nicht mit den intoleranten und menschenver-



achtenden Denkweisen der Neofaschisten auseinandersetzen kann. – Bericht stark gekürzt aus: www.solid-sachsen.de.vu

8000 Protestpostkarten kritisieren Schilys Zuwanderungsgesetz

BERLIN. Am 2. November übergaben Vertreter der Menschenrechtsorganisation amnesty international Deutschland in einem Rettungsboot vor dem Bundesinnenministerium 8000 Postkarten mit Forderungen zum Gesetzentwurf an Schilys parlamentarische Staatssekretärin Dr. Sonntag-Wolgast. Sie forderten mehr Schutz für Flüchtlinge und listeten dazu verschiedene Forderungen auf. Und sie unterstützten auch die in der Koalition erreichte Verständigung, nach der Opfer nichtstaatlicher und geschlechtspezifischer Verfolgung als Flüchtlinge anerkannt werden sollen. Doch appellieren sie hier ausdrücklich an die Bundesregierung, an dieser Verbesserung tatsächlich im Gesetzgebungsverfahren festzuhalten. www2.amnesty.de

20 Millionen DM für ausländerfeindliche Abschreckungspolitik der Stadt

KÖLN. „Wir wollen nicht in das Lager unserer Väter“ stand auf dem Transparent der Roma-Flüchtlinge im Heim Boltensternstraße am 25. Oktober. Die Stadt hatte angekündigt, sie ins Kalker-Flüchtlingslager umzuquartieren. Gegen 9 Uhr versammelten sich die Flüchtlinge auf dem Vorplatz des Heimes und ca. 30 Demonstranten vom Rom e.V., Kölner Flüchtlingsrat, zwei PDS-Ratsmitglieder und verschiedene andere Personen. Nachdem die Flüchtlinge deutlich machten, dass sie keinesfalls nach Kalk gehen werden, wurde mit dem Wohnungsamt gesprochen. Gegen 10 Uhr trafen dann ca. 15 Fahrzeuge des Roten Kreuz ein, um die Flüchtlinge abzutransportieren. Ca. 20 Polizeibeamte waren vor Ort, die vom Riehler Polizeichef geleitet wurden. Ein vorsichtiger und umsichtiger Mann, der ein gewaltloses Vorgehen für den gleichen Tag für undurchführbar hielt. Also wurde diskutiert und verhandelt.

Die Stadtverwaltung machte geltend, dass die Heimanlage eine Katastrophenschutzzanlage ist, in der kurzfristig Menschen untergebracht werden müssen, denen z.B. die Wohnung abbrennt. In diese Heime seien die Flüchtlinge kurzfristig eingewiesen worden, weil eben durch die angebliche Grundwasserverschmutzung ein Katastrophenzustand eingetreten ist. Ein Argument, das nicht den Eindruck eines fadenscheinigen Vorwandes macht.

Nach mehreren Diskussionsrunden wurde ein Weg gefunden, wie Roma-Flüchtlinge nicht nach Kalk umziehen müssen, sondern in andere Heime und Unterkünfte einquartiert werden. Ein kleiner Erfolg, aber keine grundsätzliche Lösung, da neu eingereiste Flüchtlinge auf jeden Fall nach Kalk müssen.



Demonstration am 25.10.01 um 13 Uhr zur Kölner Ratssitzung
Bild: www.arbeiterfotografie.com

Die Abschreckungspolitik der CDU/FDP-Ratsmehrheit kommt der Stadt Köln teuer zu stehen. Eine Anfrage der PDS-Ratsgruppe verdeutlichte, dass die Stadtverwaltung zusätzlich 3,5 Mio. DM für das Container-Lager in Köln ausgibt. Dabei bleibt es aber nicht. Durch die Umstellung von Auszahlung von Geldleistungen auf Vollverpflegung hat die Stadt Mehrkosten von durchschnittlich 250 DM. Pro Flüchtling steigen die Kosten von 290 auf 540 DM. Für 5200 Flüchtlinge trägt dies der Stadthaushalt, für 2273 werden die Kosten durch das Land NRW beglichen. Will die Stadt tatsächlich alle 5200 durch Gemeinschaftsküche oder Esspakete für 540 DM verpflegen, würden real Mehrkosten von 1,3 Mio. DM im Monat entstehen bzw. 15,6 Mio. DM im Jahr. Dazu kämen noch die 3,5 Mio. DM zusätzliche Lagerkosten. Das heißt nichts anderes, als dass die schwarz/braun/blaue Mehrheit einen „Abschreckungs“-Propagandafeldzug von fast jährlich 20 Millionen DM auf Kosten des Stadthaushaltes organisiert, um Hass und Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

In der Ratsdebatte, die am 25. Oktober stattfand, wandten sich SPD, Grüne und PDS gegen eine solche Politik der Abschreckung. *Jörg Detjen, Lokalber. Köln*

Protest-Aktionen am 31. Oktober gegen die Vereidigung des Senats

HAMBURG. Am 31. Oktober fanden in Hamburg mehrere Aktionen gegen die Vereidigung des neuen Senats statt. Um 16 Uhr war an der Uni der 1. Treffpunkt. Von dort demonstrierten Studierende mit

einem Transparent aller Hamburger Assoziierten (*Bild*) an Dammtor und Kriegsklotz vorbei zur Musikhalle, wo schon viele warteten. Über 1.500 zogen dann alle zusammen Richtung Rathaus, wo um 18 Uhr am Rande der Bannmeile eine Kundgebung stattfand. www.indymedia.de

Demonstration zum Rathaus gegen den Tübinger Verlag Grabert

TÜBINGEN. Im Rahmen der Tübingen Wochen gegen Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus fand am 3. November eine Demonstration gegen den seit etwa 50 Jahren in Tübingen ansässigen Grabert-Verlag statt, an der 150 Personen teilnahmen. Aufgerufen zur Demo hatte das Bündnis „Menschenwürde konkret“. In Redebeiträgen wurde auf die Bedeutung des Grabert-Verlags hingewiesen, der über den verschiedenen Richtungen im neofaschistischen und Braunzonen-Spektrum steht. Dies ermöglicht ihm, unterschiedlichste Kräfte des rechten Spektrums anzusprechen, sowohl auf Kunden-, als auch auf Autorenseite. Beispiele für Autoren sind: Lummer (CDU): „Deutschland soll deutsch bleiben“, Franz Schönhuber (Ex-Republikaner), Horst Mahler (NPD) und Peter Dehoust (Herausgeber der neofaschistischen Zeitung „Nation und Europa“). In weiteren Beiträgen wurden die Nähe von Studentenverbänden zu Nazis kritisiert.

Die Demonstration endete mit einer Kundgebung vor dem Rathaus, wo der Gemeinderat aufgefordert wurde, ein Zeichen zu setzen und den Grabert-Verlag zu einem in Tübingen unerwünschten



Berufsverbote, Diffamierung unter Einsatz von Geheimdiensten, Förderung der Organisierung von Faschisten, Gewerkschaftsausschlüsse – die Beispiele auf den folgenden Seiten zeigen, dass der Staat und die ihn tragenden Kräfte die Gelegenheit zur Abrechnung mit linken Kritikern wittern und testen, was sie sich leisten können. In dieses Bild passt auch der Ausschluss der Berliner PDS von der Regierungsbildung – wir bringen eine Nachlese zu den Daten.

GEW Hamburg protestiert

Gegen die Disziplinierung von Bernhard Nolz

HAMBURG / SIEGEN. Der Lehrer Bernhard Nolz hatte am 17. 9. auf einer SchülerInnen-Demonstration in Siegen anlässlich der Terroranschläge in New York unter anderem folgendes gesagt: „Im Tod sind alle Menschen gleich, sagt man. Und in allen Religionen findet sich das Gebot: Du sollst nicht töten! Es gilt für alle Menschen. Auch für Terroristen und Politiker. Deshalb meine ich auch, dass Politiker kein Recht dazu haben, Kriege zu führen und Menschen töten zu lassen. Auch Politiker sind den Menschenrechten verpflichtet. Das grundlegendste Menschenrecht ist das Recht auf Leben. Menschenleben und Menschenrechte aber sind den Terroristen egal. (...) Terroristen reden nicht, sie verbreiten Furcht und Schrecken, um an die Macht zu gelangen. Wenn sie an der Macht sind, machen sie meist mit dem Terror weiter. Das nennt man Staatsterrorismus. Dann verbreiten Todesschwadronen von Polizei und Militär Angst und Schrecken, sie foltern, töten und vernichten. Die millionenfachen Opfer des Terrors in aller Welt mahnen uns zu Toleranz und Nächstenliebe. Es darf kein Klima des Hasses und des Misstrauens entstehen. (...) Wir wollen keinen Krieg! Militärschläge nützen weder den Opfern des Terrors noch sind sie ein geeignetes Mittel zur Verhinderung des Terrorismus. Wir verweigern uns der Gewalt und dem Krieg! Euch, ihr Schüler, rufe ich auf, wenn ihr wehrpflichtig werdet, den Kriegsdienst zu verweigern. Damit setzt ihr ein Zeichen für den Frieden. (...) Nach den grausamen Erfahrungen des 2. Weltkrieges hatte die Gemeinschaft der Völker die Vereinten Nationen gegründet. Dort sollen die Probleme und Konflikte verhandelt werden und auf friedliche Art und Weise – ohne Krieg – gelöst werden. Seit vielen Jahren beeinträchtigen die USA die Arbeit der Vereinten Nationen. Das reichste Land der Welt kommt seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nach und bezahlt seine Beiträge nicht. Derselbe Staat stellt jetzt 40 Milliarden bereit, um aufzurüsten und andere Länder mit Krieg zu überziehen. Tatsache ist: Für Alphabetisierungs- und Lernprogramme, für das Gesundheitswesen und für die Schaffung sozialer Einrichtung in den unterentwickelten Ländern werden diese Milliarden dringend gebraucht. Stattdessen will die Nato, wie sie

es vor zwei Jahren auch in Jugoslawien gemacht hat, Städte und Dörfer und die dort lebenden Menschen platt machen. Das darf nicht geschehen.“

Nach einer Hetzkampagne in der lokalen Presse, die von dem Siegener CDU-Abgeordneten Breuer aufgegriffen wurde, leitete die Staatsanwaltschaft Siegen Ermittlungen gegen Nolz ein und er wurde bis auf weiteres vom Schuldienst suspendiert. Dagegen protestierte jetzt die GEW Hamburg in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten des Kreises Arnsberg:

„Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, die Suspendierung des Gesamtschullehrers Bernhard Nolz vom Schuldienst wegen seiner Rede am 17.9.2001 auf einer SchülerInnendemonstration in Siegen hat bei den Hamburger Lehrkräften und PädagogInnen große Empörung hervorgerufen und wird von der GEW-Hamburg entschieden missbilligt. Bernhard Nolz ist in seiner Rede für Besonnenheit und eine friedliche Konfliktlösung eingetreten. Sein Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung bezieht sich auf ein in der Verfassung verankertes Grundrecht. Sein Redebeitrag liefert nicht den geringsten Ansatzpunkt für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens und für die erfolgte Suspendierung.

Ihre Behörde hat dem Kollegen Nolz die Störung des Schulfriedens vorgeworfen. Das ist eine Verdrehung der tatsächlichen Geschehnisse. Nicht Bernhard Nolz hat den Schulfrieden gestört, son-

dern der verteidigungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Paul Breuer. Dieser hat mit Unterstützung der Bild-Zeitung und Teilen der lokalen Presse in einer beispiellosen Hetzkampagne versucht, den Kollegen öffentlich zu demontieren. In der „Bild“ vom 21.9. sagte er: „Ich werfe Herrn Nolz vor, dass er eine klammheimliche Freude über das in New York Geschehene empfindet.“ Und im Fernsehen des WDR ergänzte er: „Herr Nolz ist das 5. Rad am Wagen des internationalen Terrorismus.“ Statt diese über die Maßen unerträglichen Äußerungen zurückzuweisen und sich gemäß Ihrer Fürsorgepflicht vor den Kollegen zu stellen, hat Ihre Behörde mit disziplinarischen Maßnahmen gegen den Kollegen reagiert. Wir fordern die Bezirksregierung auf, die Suspendierung unverzüglich aufzuheben, die Vorermittlungen einzustellen und kein Disziplinarverfahren zu eröffnen. Die terroristischen Anschläge in den USA erfüllen uns alle mit Trauer und Entsetzen. Die Täter und ihre Hintermänner müssen zur Verantwortung gezogen werden. In unserer täglichen Arbeit sind wir mit den Ängsten der Kinder und Jugendlichen vor Krieg und einer unkalkulierbaren Eskalation der Gewalt konfrontiert – und mit Fragen nach Ursache und Wurzeln des Terrorismus. Wir haben die Aufgabe Ursachen, Hintergründe und Folgen von Terror zu thematisieren und zu vermitteln, dass Gewalt und Gegengewalt niemals Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Völker und Menschen sein können. Die Kritik an der Politik der USA und der Nato in diesem Zusammenhang darf nicht tabuisiert oder diffamiert werden. Wir müssen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen darüber sprechen, dass die Aufteilung der Welt in Arm und Reich, die tausendfache Verletzung der Menschenrechte in vielen Staaten, die Ausgrenzung von Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer Religion nicht mit Waffengewalt, sondern mit politischen Mitteln zu überwinden sind. In diesen Sinne sind nachdenkliche, besonnene, mahnende, kritische Stimmen nicht zu disziplinieren, sondern zu unterstützen.“

Mit freundlichen Grüßen
Anna Ammonn“
Hamburg, 11.10.2001



NRW-CDU stellt große Landtagsanfrage zur PDS

KÖLN. Eine im wahrsten Sinne des Wortes große Anfrage stellte die Fraktion der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag am 15. Oktober an die Landesregierung. In 146 Fragen, darunter einigen, die mehrere Unterfragen enthalten, möchten sich Fraktionsvorsitzender Dr. Jürgen Rüttgers und seine Kolleg(innen) umfassend über die PDS informieren lassen.

Dabei reicht das Spektrum der Fragen von solchen, die jede(r) Mitarbeiter(in) mit ein wenig Fleißarbeit im Internet auch selbst hätte beantworten können, bis zu solchen, bei deren Beantwortung nur der Verfassungsschutz helfen kann. An erster Stelle geht es um die Mitgliederentwicklung der PDS, es folgen der organisatorische Aufbau. Wichtigstes Anliegen der CDU-Fraktion scheinen „linksextremistische Einflüsse“ innerhalb (z.B. Kommunistische Plattform, AG Junge Genossinnen und Genossen, Marxistisches Forum) und außerhalb der Partei (z.B. DKP, SAV, „antiimperialistischer Widerstand“) auf die demokratischen Sozialisten zu sein, ferner der Einfluss der PDS auf Medien, Parlamente, Schulen und Hochschulen. Ein eigenes Kapitel umfassen die Fragen nach Globalisierungsgegner(innen) und ihren Aktionen – die PDS kommt dort zwar nur am Rand vor, dafür aber in Verbindung mit der RAF. Auch nach Verbindungen des 1990 aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit zur PDS an Rhein und Ruhr wird gefragt.

Dabei reichen die Fragen tief bis ins private Leben einzelner Personen. Unter der laufenden Nummer 27 möchten die Christdemokrat(innen) in holprigem Deutsch wissen: „Wer ist Geschäftsführer des GNN-Verlages, wie ist sein poli-

tischer Werdegang, und wie bewertet die Landesregierung diese Tatsache?“ (Grammatik und Zeichensetzung so im Original). In anderen Fragen wird die Landesregierung zwischen den Zeilen zum Handeln aufgefordert: „88. Welche nordrhein-westfälischen Schullehrer sind bekannt, die Mitglied in der PDS oder sonst einer linksextremistischen Partei oder Gruppierung sind oder waren, und welche disziplinarischen Maßnahmen wurden gegen diese eingeleitet bzw. welche disziplinarischen Maßnahmen sind beabsichtigt“ (Grammatik und Zeichensetzung auch hier wie im Original). Die gleiche Frage bezieht sich auf Veröffentlichungen von Lehrern und Hochschullehrern und Anfragen an die „Gauckbehörde“.

Heftigen Protest rief die Anfrage bei der innenpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, hervor, die die „CDU-NRW in den Fußstapfen McCarthys“ sieht und den Frägern vorwirft, „die Sorgen der Menschen vor terroristischen Anschlägen zu missbrauchen, um eine Hetzjagd gegen innenpolitische Gegner im Stile der McCarthy-Verfolgungen in den USA zu starten“. Man darf gespannt sein, welche Reaktion die Anfrage bei der nordrhein-westfälischen SPD/Grünen-Landesregierung hervorruft: Einerseits lässt sie die regionalen PDS-Strukturen vom Verfassungsschutz ausforschen, andererseits gibt es in Mecklenburg-Vorpommern (und vielleicht bald in Berlin) eine Koalition zwischen SPD und PDS. Wie immer das Innenministerium antwortet – die SPD wird damit ein Problem haben. Aber vermutlich ist das genau der Zweck dieser Großen Anfrage.

tri



Keine Geschenke der Stadt an den Nationalen Jugendblock e.V. Zittau!

ZITTAU. Es steht die Verpachtung der Südstraße 8 an den Nationalen Jugendblock e.V. – Zittau, in Form eines Erbpachtvertrages über 33 Jahre, auf der Tagesordnung des Stadtrats. Dies bedeutet eine Fortsetzung der versteckten Förderung des Nationalen Jugendblock e.V. Zittau und reiht sich lückenlos an die bisher gemachten Fehler ein. Das kann nicht hingenommen werden. Wir fordern, diese Problematik grundlegend neu zu überdenken und diese seit Jahren stattfindende akzeptierende Jugendarbeit abzubrechen!

Geschichte:

Der NATIONALE JUGENDBLOCK ZITTAU e.V. (NJB) ist eine aktive neonationalsozialistische Organisation. Er stellt ein wichtiges Bindeglied der Rechtsextremisten in Ost Sachsen dar und pflegt seit seiner Gründung enge Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen sowie zu der Skinheadszen. Der NJB wurde 1992 gegründet. Von dieser Gruppierung und ihren Sympathisanten wurden viele Straftaten organisiert und durchgeführt. Die Stadt Zittau versucht seit Jahren, dieses Problem halbherzig und daher erfolglos in den Griff zu bekommen. Auch ein wohl einzigartiger Trägerverbund mit Vertretern von Kirche, AWO, anderen städtischen Jugendvereinen sowie der Stadt selbst, wurde eingerichtet um sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Professoren der Hochschule Zittau-Görlitz, erfahrene Jugendarbeiter und politische Vertreter nahmen sich der Sache an, um diesen Jugendlichen eine Chance zu geben. Ohne Erfolg! Noch in diesem Jahr drohte der NJB mit Spruchbändern und Flugblättern mit der Unkontrollierbarkeit einiger Mitglieder. Und das nicht nur gegen die Stadt Zittau, sondern auch gegen deren Bürger.

Verfassungsschutz: „Der NJB sieht seine Aufgabe in der Sammlung ‚national gesinnter‘ Jugendlicher aus der Region. Eine Schlüsselstellung hierfür nehmen die vom Verein genutzten Räume in Zittau, Südstrasse 8 ein, die als Treffpunkt dienen. Skinheads, Neonationalsozialisten und sonstige rechtsextremistisch eingestellte Jugendliche nehmen an „Festen“ des NJB teil und finden so eine Gelegenheit, rechtsextremistisches Gedankengut auszutauschen bzw. Zugang zum organisierten Rechtsextremismus. Der NJB finanziert sich u. a. durch Konzertveranstaltungen, bei denen auch rechtsextremistische Skinheadbands auftreten.“

Gefahr: Der Verein bekommt weiterhin die Möglichkeit, sich und seine Strukturen zu festigen und seine bisherigen Handlungen im rechtsextremistischen

Netz zu nutzen und langfristig auszubauen. Wie bisher wird er sich über alle ihm auferlegten Regeln hinwegsetzen und eine verlässliche Basis der rechten Szene bleiben. Die Legitimation seiner Existenz erleichtert den Zugang zu öffentlichen Geldern und banalisiert seine Taten und Aktivitäten. Eine Einflussnahme der Stadt Zittau mittels Sozialarbeiter wird weiterhin keine Bedeutung haben. Die „Jungs“, wie sie Herr Johne (CDU) im kumpelhaften Ton bezeichnet, werden weiterhin für einen gesicherten „Nachwuchs“ der Rechtsextremisten in der Oberlausitz sorgen.

Wir, die Initiative Augen auf, fordern von den Zittauer Stadträten:

- Ablehnung des Erbpachtvertrages mit dem Nationalen Jugendblock e.V.
- Abbruch der unendlichen erfolglosen Geschichte der akzeptierten Jugendarbeit
- Beendigung versteckter Förderungen rechtsextremistischer Vereine durch die Stadt (z.B.: aktuell zu entrichtende „Miete“ des Nationalen Jugendblock e.V. für das Haus 80,-DM/Monat!)
- Unabdingbarer Vollzug der bereits erfolgten Kündigung des Gebäudes Südstraße 8 zum 01.11.2001 gegenüber dem Nationalen Jugendblock e.V.
- Überprüfung und grundlegende Beratung der „Abkehr von radikalen Positionen“ (Erklärung des neuen Vorstandes des Nationalen Jugendblocks e.V. gegenüber der Stadt Zittau) der Vereinsmitglieder durch die Aussteigerinitiative EXIT e.V.
- Beratung der Stadt Zittau durch eine objektive Expertengruppe, um gemeinsam einen neuen Ansatz zur Lösung dieses Problems zu finden (Augen auf ist im Begriff, einen derartigen „Kleinen Kongress“ zu organisieren)
- Herrichtung des Gebäudes Südstraße 8 zum öffentlichen Vereinshaus Zittaus durch die Stadt.
- Erarbeitung eines nachhaltigen humanistischen Aufklärungskonzeptes für die Bürger durch die Stadt Zittau

Diese Forderungen umzusetzen bedeutet für die Verantwortlichen der Stadt Zittau, nach Jahren der Verdrängung und Verharmlosung endlich konsequent zu handeln. Es bedeutete auch ein Ende von Gleichgültigkeit und Begünstigung rechtsextremistischer Tendenzen und Strukturen. Es darf nicht sein, dass sich die Stadt Zittau und ihre Bürger von einem Verein, wie dem Nationalen Jugendblock e.V., bedrohen und vorführen lassen. Ein „Pilotprojekt“ wie in Zittau angedacht ist, darf es nicht geben. Nicht in Zittau, nicht in Sachsen, nicht in Deutschland. Nirgendwo! – AUGEN AUF – ZIVILCOURAGE ZEIGEN! In Zittau – in Sachsen – in Deutschland. ÜBERALL!

Für weitere Informationen in dieser Angelegenheit, zur Initiative selbst oder sich ergebene Fragen, wenden sie sich bitte an folgende Kontaktadresse: Augen auf – Zivilcourage zeigen info@augenauf.net, http://www.augenauf.net

Nachlese

Zum Wahlergebnis der PDS in Berlin- Ost/West und bezirkliche Aspekte

Im Vordergrund der Wahlbetrachtung stand meist die Zunahme des PDS-Anteils an den Zweitstimmen auf 22,6 %. Doch auch zwischen den Bezirken, zwischen Ost und West und im Verhältnis zu den Bezirksverordnetenwahlen gab es Bewegung. Einige Be trachtungen zu den folgenden Tabellen:

1. Der Anteil der Weststimmen hat an Bedeutung gewonnen. – Die PDS hat in Ost wie West zulegen können. Der Westen (auf niedrigerem Niveau) konnte dabei etwas aufholen. Von der Zunahme der Zweitstimmen um 88.970 kamen fast 28.000

Stimmen aus dem Westen. Die nun erungenen knapp 69.000 Stimmen im Westen bedeuten, daß nun fast schon jede 5. PDS-Stimme (18,8 % der PDS-Stimmen / 14,8 % 1999) im früheren Westberlin abgegeben wurde. Bezuglich der nun sich abzeichnenden SPD/Grüne/FDP-Koalition ist zu beachten, das dies fast genau soviele Stimmen sind, wie Grüne (36.727 Stimmen) und FDP (32.679) zusammen in den Ostbezirken erringen könnten.

2. Der Abstand der Zweitstimmen zu dem Ergebnis bei den Bezirksverordneten-

Vergleich der BVV-Ergebnisse der PDS zwischen den Bezirken

Bezirk	Stimmen absolut			Stimmanteile/prozentual		
	2001	1999	Zunahme absolut	in %	2001	1999
<i>Ost pur</i>						
Lichtenberg	62.696	57.879	4.817	8,3	51,8	47,7
Marzahn-Hellersd.	60.157	53.563	6.594	12,3	51,1	45,3
Pankow	63.929	57.070	6.859	12,0	37,2	35,9
Treptow-Köpenick	45.440	41.965	3.475	8,3	36,2	34,9
<i>West pur</i>						
Charl.-Willmersd.	6.896	5.503	1.393	25,3	4,2	3,5
Neukölln	7.577	5.753	1.824	31,7	5,9	4,6
Reinickendorf	4.174	3.541	633	17,9	3,1	2,7
Spandau	4.090	3.429	661	19,3	3,7	3,3
Steglitz-Zehlend.	5.166	4.108	1.058	25,8	3,1	2,5
Tempelhof-Shbg.	7.012	5.762	1.250	21,7	4,1	3,5
<i>West/Ost gem.</i>						
Fhain-Kreuzberg	29.276	22.671	6.605	29,1	29,1	24,9
Mitte	22.984	20.311	2.673	13,2	18,5	16,9
<i>Ost gesamt</i>						
	270.978	244.727	26.251	10,7	43,4	40,9
<i>West gesamt</i>						
	48.419	36.828	11.591	31,5	4,8	3,8
Berlin	319.397	281.555	37.842	13,4		
Anteil Ost	84,84	86,92				
Anteil West	15,16	13,08				

Quelle: Website des Landeswahlleiters (<http://www.statistik-berlin.de/wahlen/>)

Vergleich der Entwicklung Erst-, Zweit- und BVV-Stimmen der PDS

die ehemaligen Bezirke Wedding, Tiergarten, Kreuzberg sind bei "West" berücksichtigt)

	Absolut	Relativ in %	Anteil Ost/West an den		
			2001	1999	Gesamtstimmen der PDS
<i>Erststimmen</i>					
Ost	276.440	249.577	44,7	42,0	84,5
West	50.772	37.981	5,1	4,0	15,5
Berlin	327.212	287.558	20,3	18,5	100,0
<i>Zweitstimmen</i>					
Ost	296.924	235.890	47,6	39,5	81,2
West	68.915	40.979	6,9	4,2	18,8
Berlin	365.839	276.869	22,6	17,7	100,0
<i>BVV</i>					
Ost	270.978	244.727	43,4	40,9	84,8
West	48.419	36.828	4,8	3,8	15,2
Berlin	319.397	281.555	19,6	17,9	100,0

Abstand zwischen Zweitstimmen und BVV - Stimmen

	Absolut	BVV-Stimmen in % der Zweitstimmen	
		2001	1999
Ost	25.946	-8.837	91,3
West	20.496	4.151	70,3
Berlin	46.442	-4.686	87,3
			101,7

Quelle:
<http://www.statistik-berlin.de/wahlen/>

wahl (BVV-Wahl) hat zugenommen. – Die PDS konnte bei allen 3 Stimmen (Erst-/Zweit- und BVV-Stimme) zulegen. Am stärksten jedoch bei der Zweitstimme, die letztlich für die Stärke im Abgeordnetenhaus entscheidend ist. Offenbar ist hier vielen am deutlichsten die Unterstützung der Antikriegsposition der PDS und der Kandidatur von Gregor Gysi gewesen. 1999 lagen die BVV-Stimmen im Osten noch deutlich vor den Zweitstimmen. Nun haben über 46.000 Berliner zwar mit der Zweitstimme die PDS gewählt, sich zur BVV-Wahl aber anders entschieden. Der Unterschied ist besonders stark im Westen, wo die BVV-Stimmen nur 70% des Zweitstimmenergebnisses ausmachten.

3. Stärkere BVV-Präsenz auch in den Westbezirken. – Erstmals stellt die PDS mit je 3,1% in Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf (3%-Sperrklausel in der BVV) nun auch dort Bezirksverordnete und ist damit in allen Bezirken vertreten. Die Arbeit von meist 1 oder 2 Verordneten seit 1999 in den anderen westlichen Bezirksverordnetenversammlungen wurde honoriert. Über 11.500 Stimmen konnten im Westen dazu gewonnen werden. Aber auch hier ist auffällig, daß die durch die veröffentlichte Meinung meist ignorierte Initiative von einzelnen Verordneten nur schwer durchdringt und dort eher bescheidenere Zuwächse erreicht wurden. Auffällig sind besonders hohe Zuwächse, in den Bezirken in denen die PDS aufgrund der Bezirksreform 2001 größeren Einfluß bekam.

4. Starke Zuwächse in den Westteilen der Ost-West-Fusionsbezirke. – Allein 4.772 Stimmen waren in den ehemaligen Westbezirken Wedding, Tiergarten und Kreuzberg hinzugekommen, die ab 1.1.2001 in fusionierte Ost-West-Bezirke aufgegangen waren. Die starken Fraktionen und die Arbeit von PDS-Stadträten (in Friedrichshain-Kreuzberg stellt die PDS auch die Bezirksbürgermeisterin) konnte offenbar auch viele „Westler“ rasch überzeugen.

Es war ein offenes Geheimnis, daß mit den Bezirkzschnitt die alte CDU-SPD-Koalition im Gegenteil versucht hatte den PDS-Einfluß auf die Bezirkspolitik zurückzudrängen. Auch dies ist gescheitert. Aber auch in den übrigen Westbezirken geht es beharrlich, wenn auch nicht so schnell, voran. In den „reinen“ Westbezirken konnte nur in Neukölln Fraktionsstärke (3 Verordnete) erreicht werden. Dort konnte auch der stärkste Zuwachs von 31,7 % (Zunahme absoluter Stimmen) auf nun 7.577 Wählern erreicht werden. Neben den Wirken der bisherigen 2Verordneten erklärt es sich vielleicht mit einem stark auf die multikulturelle Zusammenleben ausgerichteten Wahlkampf und mit der Ausstrahlung Kreuzbergs auf das räumlich engverwachsene Nord-Neukölln (hoher Anteil armer und nichtdeutscher Bevölkerung). (Quelle: Landeswahlleiter, www.statistik-berlin.de/wahlen/ – ard)

Kita-Volksbegehren siegt vor Gericht HANNOVER. In Niedersachsen ist der Weg frei für den 1. Volksentscheid. Der Staatsgerichtshof in Bückeburg hat am 23. Oktober 2001 das Volksbegehren „Nicht kürzen bei den Kurzen“ zugelassen. Ziel der von 690.000 Bürgern unterstützten Initiative sind die Sicherung der Betreuungsstandards und eine direkte Finanzierung der Kindertagesstätten durch das Land. In der Erklärung des Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V. heißt es: „Trotz heftigem politischen Gegenwind haben die Mitstreiter und MitstreiterInnen für das Kita-Volksbegehren in Niedersachsen sich in einem mühsamen und langen Prozess für das Anliegen der niedersächsischen Kindertagesstätten eingesetzt und sind in ihrer Rechtsauffassung vom unabhängigen Staatsgerichtshof bestätigt worden ... Die in der Presse nachzulesende Darstellung, mit der alten Regelung würde für die Kindertagesstätten in den finanzschwachen Gemeinden jetzt noch weniger Geld zur Verfügung stehen, ist nicht richtig. Im Gegenteil, das alte wieder einzusetzende Kita-Gesetz schützt die Kindertagesstätten vor einem weiteren Standardabbau. Die Finanzverteilungsströme des Kommunalen Finanzausgleichs stehen in keinem direkten Zusammenhang mit der Kita-Finanzierung. Wir freuen uns ganz besonders über das Signal der Landesregierung, dem Landtag die Wieder-einsetzung des alten Kita-Gesetzes zu empfehlen. Wir sind der festen Überzeugung, dass auf lange Sicht unser Engagement für gute Kita-Standards eine Unterstützung für eine gute Bildungspolitik des Landes ist.“ (25.10.2001) www.mehr-demokratie.de

Aus dem Urteilsspruch zum Kita-Volksbegehren BÜCKEBURG. „Die umstrittene und für die Möglichkeiten der Volksgesetzgebung äußerst bedeutsame Frage, in welchem Umfang ein durch ein Volksbegehren initiiertes Gesetz Kosten verursachen darf, bis zu welcher Grenze das Parlament den darin liegenden Eingriff in seine Haushaltshoheit also hinnehmen muss, beantwortet der Staatsgerichtshof in seinem Urteil nicht. Er durfte von einer Antwort absehen, weil die von dem Volksbegehren angestrebte Regelung dem Land keine zusätzlichen Kosten aufbürdet. Es ist vielmehr möglich, die in unveränderter Höhe vom Land geleisteten Zuschüsse zu den Personalkosten der Kindertagesstätten, deren Bemessung die Initiatoren des Volksbegehrens nicht verändert wissen wollen, aus dem kommunalen Finanzausgleich wieder auszugliedern und den Trägern der Kindertagesstätten direkt zu zahlen. Das erfordert lediglich eine Umstellung der gesetzlichen Zahlungsgrundlagen, verursacht aber keine zusätzlichen Aufwendungen.“ (23.10.01)

Kita-Demonstration

STUTTGART. Aus Anlass der Haushaltsberatungen im Stuttgarter Gemeinderat versammelten sich Ende Oktober ca. 500 Eltern, Kinder und Beschäftigte der Kindertagesstätten und übergaben „offene Briefe“ beim Finanz-, Kultus- und Sozialministerium der Landesregierung. Entgegen den Bestrebungen, die Landesförderung ganz auslaufen zu lassen und den Kommunen die ganze Finanzlast aufzubürden wurde gefordert, die Landesmittel weiter laufen zu lassen. Es wurde aber für „echte“ Landesmittel für die Kommunen eingetreten, denn bisher werden die Landeszuschüsse durch ein Umlageverfahren von kommunalen Geldern finanziert. Tatsächliche Gelder vom Land werden gefordert, um den Bestand zu halten und zu erhöhen, vor allem auch für Kinder unter 3 Jahren, denn bisher ist deren Versorgung reine Sache der Kommunen. Auch in der Integration behinderter Kinder gibt es Ungereimtheiten: Für die Finanzierung der Integration behinderter Kinder werden bisher nur 3–6-jährige Kinder in die Berechnung aufgenommen, andere Altersstufen existieren wohl für die Ministerien gar nicht. *Lokalberichte Stuttgart*

Bahnhofsmissionen müssen Teil der Bahnhöfe bleiben! FRANKFURT A.M. Die PDS im Römer nimmt das jüngste Interview von „Bild am Sonntag“ mit dem Bahnchef Mehldorn zum Anlass, die anderen Fraktionen im Römer – insbesondere SPD und CDU – zu einer Stellungnahme zu der beabsichtigten Vertreibung der Bahnhofsmissionen aus dem Bahnhofsbereich aufzufordern. Die PDS im Römer stellt sich, bezogen auch auf den Frankfurter Hauptbahnhof voll hinter den Antrag, den die PDS Bundestagsfraktion zu dieser Sache in den Bundestag eingebracht hat.

In dem Antrag wird gefordert: Der Bund als Eigentümer der DB AG möge „darauf hinwirken, dass die Bahnhofsmissionen weiterhin integraler Bestandteil der Bahnhöfe der Deutschen Bahn AG bzw. der AG Station und Service bleiben. Auch einer Einschränkung ihrer Tätigkeiten, wie sie vom Vorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehldorn, gefordert wurde, darf nicht stattgegeben werden“. Dieser Antrag erhielt nur die Stimmen der PDS. Alle anderen Parteien stimmten dagegen. Inhaltlich wurde die Ablehnung von den übrigen Parteien nicht begründet.

Es sei erschreckend, stellt die PDS im Römer fest, wie Parteien, die sich ausdrücklich zur christlichen Nächstenliebe oder zur Solidarität mit den sozial Schwachen bekennen, eine derartige Bahnpolitik der sozialen Kälte unterstützen. www.pds-im-roemer.de

Zusammenstellung: baf

Keine anderen Sorgen ? – IG Metall wendet Unvereinbarkeitsbeschlüsse an !

Bereits in der Vergangenheit berichteten wir in unserer Zeitung (*Nachrichten und Standpunkte – Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt*, Anm. der Red) von der geplanten fristlosen Kündigung der Firma Semikron in Nürnberg gegen den Kollegen Lutz, Mitglied der Vertrauenskörperleitung (VKL). Am 28.3.01 entschied das Arbeitsgericht, dass die verweigerte Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung rechtmäßig sei. Damit war die Kündigung vom Tisch. Ein zwischen erfolgter Gewerkschaftsausschluss aus der IG Metall gibt jedoch Anlass zu erneuter Berichterstattung. Wir zitieren aus der Dokumentation „*Wer einen von uns angreift, greift alle an*“:

Zur Vorgeschichte

Semikron ist ein Betrieb mit dem Geschäftsfeld Leistungselektronik (Power Electronic). Die Produkte kommen da zum Einsatz, wo hohe Ströme und Spannungen (Leistung) gefragt ist: Industrieroboter, Windräder, ...

„Semikron, ein Familienunternehmen mit weltweit 2500 Mitarbeitern wird in der dritten Generation geführt. Ein globales Netzwerk aus 45 Gesellschaften garantiert eine schnelle, effektive Betreuung der Kunden. Innerhalb von 5 Jahren betrug das Mitarbeiterwachstum weltweit 60% ... Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Rekordumsatz mit + 28% Zuwachs erreicht ...“ (Selbstdarstellung im Internet)

Außer Nürnberg gibt es Produktionsstätten in Brasilien, Italien, Frankreich, USA, Südafrika ... Semikron konnte seinen Marktanteil deutlich ausweiten. Der Hauptkonkurrent, Toshiba, hat sich aus dem europäischen Markt zurückgezogen. In Nürnberg ist die Belegschaft in wenigen Jahren von unter 500 auf über 800 gewachsen. Aber viele sind nur befristet. Nach Tarifvertrag darf in Bayern nur 3 Monate befristet eingestellt werden und maximal nochmals um 3 Monate verlängert werden. Bei Semikron wurde dazu aber unter Federführung des IGM Ortsverbandes und am Vertrauenskörper vorbei ein Sondertarifvertrag abgeschlossen, der Befristungen bis 1 1/2 Jahre erlaubt. Folge ist, wenn man 1 1/2 Jahre da ist, muss man gehen, neue Befristete werden geholt. In der Produktion war der Anteil der Befristeten in einigen Bereichen zeitweise über 50%. Es gab immer wieder Proteste.

Josef Lutz ist seit 1983 bei Semikron in der Entwicklung beschäftigt und seit 1998 in den Betriebsrat gewählt. Anfang 2000 wird er das erste Mal verhört, man

sieht in ihm den Hauptverantwortlichen für die Proteste gegen die ausufernden Befristungen.

Auch andere Spuren hinterlässt die Ausweitung der Produktion. Es wird immer öfter auch am Samstag gearbeitet. Einzelne Abteilungen werden in ein Schichtmodell einschließlich Samstag gezwängt.

Auf Vorschlag der Geschäftsleitung werden mit der IGM-Ortsverwaltung Verhandlungen über einen „innovativen Tarifvertrag“ aufgenommen. Aber die Verhandlungen stehen unter dem erklärten Ziel der Geschäftsleitung „Lohn- und Gehaltskosten zu senken“. Viele Vertrauensleute sind skeptisch und es geht nicht voran.

Im September 2000 konstituiert sich der neu gewählte VK. Einige Vertrauensleute, darunter Josef, haben ein provisorisches Arbeitsprogramm ausgearbeitet, das für eine kämpferische Gewerkschaftsarbeit eintritt. Sie werden mit großer Mehrheit gewählt. Zwei Mitglieder der alten VKL, die für die andere Richtung standen, werden nicht wiedergewählt.

Aber, so munkelt man, es gab schon eine gemeinsame Zielvereinbarung: Ortsvorstand der IGM und Geschäftsleitung wollen bis Ende 2000 den „innovativen Tarifvertrag“ unter Dach und Fach haben. Das ist jetzt gefährdet. Und so wird später bekannt, die Geschäftsleitung will die Ausweitung der Arbeitszeit auch auf den Sonntag durchsetzen. Jetzt sind welche zum Handeln gezwungen...

Sie kommen nicht durch

Auf das zunehmend selbstbewusste Auftreten des Vertrauensleutekörpers, der VK-Leitung und den wachsenden Unmut der Belegschaft reagiert die Geschäftsleitung von Semikron wie der berühmte Stier auf das rote Tuch. Sie beschließt, zu kündigen. Da Josef Lutz Mitglied des Betriebsrates ist, kann er nur fristlos gekündigt werden, und die Geschäftsleitung bedarf dazu der Zustimmung des Betriebsrates. Am 16.10. reicht sie beim Betriebsrat den Antrag auf Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung ein, die von diesem abgelehnt wird. Gleichzeitig drängt der stellvertretende Bevollmächtigte der IG Metall Nürnberg, Jürgen Wechsler, den Kollegen Lutz, einen Aufhebungsvertrag abzuschließen. Josef Lutz lehnt ab. Er wird verdächtigt, eine Solidaritätserklärung mit den von der Betriebsschließung bedrohten ADtranz-Kollegen und eine Protesterklärung ge-

gen den NATO-Krieg in Jugoslawien ins Internet gestellt zu haben. Damit könnten nach Meinung der Geschäftsleitung Kunden in den USA verprellt werden. Beide Erklärungen wurden jedoch vom Vertrauenskörper bei Semikron demokratisch beschlossen. In einem Flugblatt verdächtigt der IG Metall-Ortsvorstand vor der Betriebsversammlung Josef Lutz, diese Schreiben an die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) weitergegeben zu haben. Weiterhin wird ausgeführt: „Die IG Metall bedauert ausdrücklich, dass durch die ungeklärten Vorgänge um Dr. Josef Lutz die Verhandlungen zur Verbesserung des bestehenden Tarifvertrages verzögert werden. Das Verhandlungsklima ist unnötig durch solche Vorgänge belastet.“

Auf der folgenden Betriebsversammlung nimmt der Betriebsratsvorsitzende Kuttruf gegen Josef Lutz Stellung. Die Geschäftsleitung projiziert Auszüge aus dem Programm der MLPD an die Wand. Wechsler hält einen Beitrag mit Beschuldigungen gegen Lutz und teilt der Belegschaft mit, dass der Ortsvorstand der IG Metall ein Untersuchungsverfahren gegen ihn eingeleitet hat. Josef Lutz nimmt nach jedem Beitrag Stellung und wird von der Belegschaft massiv unterstützt. Der stellvertretende VK-Leiter distanziert sich öffentlich von dem Flugblatt des Ortsvorstandes, wobei er für die überwiegende Mehrheit der Vertrauensleute spricht.

Am 23.11. fasst der Semikron-Vertrauenskörper folgenden Beschluss:

„Der Kollege Jürgen Wechsler hat auf der Betriebsversammlung der Firma Semikron am 16.11. erklärt, dass gegen unseren Kollegen Josef Lutz ein Untersuchungsverfahren eingeleitet worden ist mit dem Ziel, ihn aus der IG Metall auszuschließen.

Wir kennen Josef Lutz aus jahrelanger gemeinsamer Arbeit als aufrichtigen Kollegen und engagierten Gewerkschaffter. Er hat sich immer für die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb eingesetzt und hat dabei persönliche Nachteile in Kauf genommen. Er hat bei seiner Arbeit stets für die gewerkschaftliche Organisation geworben und eine Reihe neuer Mitglieder für die IG Metall bei Semikron gewonnen. Wir brauchen mehr engagierte Kollegen wie ihn.

Wir können nicht verstehen, dass in einer Situation, in der die Geschäftsleitung ihn als unbequemen Mitarbeiter und Betriebsratsmitglied mit einer Verdachtskündigung aus politischen Gründen



fristlos entlassen will, der Ortsvorstand der IG Metall statt mit der notwendigen Solidarität und Unterstützung mit einem Untersuchungsverfahren reagiert. Wir fordern den Ortsvorstand der IG Metall Nürnberg daher auf, dass der VK Semikron dazu angehört wird.“

Für den 5.3.01 wird die Untersuchung angeordnet. Am Ende der Untersuchung bleibt von den „Beschuldigungen“ nicht viel mehr übrig, als das Josef Lutz Unterschriften für die Zulassung der MLPD zur Bundestagswahl gesammelt haben soll. Das „Untersuchungsergebnis“ ist im Flugblatt der VK-Leitung Semikron abgedruckt. Trotzdem will die Untersuchungskommission mehrheitlich Kollegen Lutz ausschließen. Die VK-Leitung beschließt die Herausgabe des Flugblatts „Riesen-Sauerei“, das am nächsten Arbeitstag bei Semikron verteilt wird.

Am 26.7.01 schließt der Hauptvorstand der IG Metall den Kollegen Josef Lutz aus der IG Metall aus. Dieser legt am 19.8.01 Beschwerde beim Kontrollausschuss der IG Metall ein. Am 31.08. schreibt Lutz folgenden persönlichen Brief an Jürgen Peters, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall:

„Lieber Kollege Peters,
mit Deinem Schreiben vom 26.7.01 teilst Du mir den Ausschluss aus der IG Metall mit. Gegen diesen Beschluss habe ich inzwischen beim Kontrollrat Beschwerde eingelegt. Aber ich habe zusätzlich eine Frage an Dich persönlich.

Du begründest den Ausschluss mit vermeintlicher Mitgliedschaft in der MLPD und führst den Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die MLPD an. Dieser Be-

schluss aus dem Jahre 1982 ist rein darauf begründet, dass diese Partei eine andere, sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft anstrebt. Die in diesem Beschluss angeführten Begriffe wie Revolution, Diktatur des Proletariats, stammen schon aus dem Kommunistischen Manifest und sind eben Begriffe des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wie vereinbarst Du diesen Akt mit dem, was Du in der Metall 1/2000 anlässlich der Vereinigung mit Kollegen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff ausgeführt hast: „Schafft die Einheit“ – mit diesen Worten mahnte der große Holzarbeiterführer Wilhelm Leuschner 1949 zur Gründung der Einheitsgewerkschaft. Keine Spaltung in sozialistische, christliche oder kommunistische Gewerkschaften. Starke und durchsetzungsfähige Einheitsgewerkschaften sollten entstehen (...). Klar ist, dass nur große und schlagkräftige Gewerkschaften sich gegen die Angriffe der Unternehmer wehren können ...“

Wie kannst Du dann jemand nur aufgrund angeblicher Mitgliedschaft in einer Partei, die den Sozialismus/Kommunismus anstrebt, ausschließen?

Ich wünsche Dir den Mut, diesen Brief zu beantworten.“

Im Anschluss dokumentieren wir das Flugblatt des Vertrauenskörpers bei Semikron. Wenn der Beschluss des IG Metall Kontrollrates bezüglich der Beschwerde von Josef Lutz vorliegt, werden wir weiter berichten und abschließend dazu Stellung nehmen.
(Die Redaktion Nachrichten und Standpunkte)

Riesen-Sauerei!

Unsere Mitglied der Vertrauenskörpersleitung, Josef Lutz, soll aus der IG Metall ausgeschlossen werden

Die Untersuchungskommission kam gemäß dem Antrag von Werner Ratzenböck zu dem Ergebnis (sinngemäß): Ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten von Josef Lutz im Zusammenhang mit Internet-Veröffentlichungen fand nicht statt. Es konnte nicht nachgewiesen werden, dass Josef Lutz Mitglied der MLPD ist, Josef Lutz hat die MLPD unterstützt. Daher empfiehlt die Untersuchungskommission dem Ortsvorstand, Josef Lutz aus der IG Metall auszuschließen. Aufgrund von Aussagen der Kollegen Kuttruf, Jokel und Schreiber kam die Kommission mehrheitlich zu dieser Empfehlung.

Was von den Vorwürfen gegen Josef Lutz wesentlich übrig blieb, ist, dass er Unterschriften für die Zulassung der MLPD zu den Bundestagswahlen gesammelt haben soll. (Das brauchen Parteien, die noch nicht im Bundestag sind. Es geht um die Möglichkeit der Auswahl). Was soll daran gewerkschaftsschädigend sein?

Kollegen, wir fordern Euch auf: Tretet nicht aus der IG Metall aus! Stärkt unseren Vertrauenskörper. Stellt Euch als neue Vertrauensleute zur Verfügung! Tretet ein in die IG Metall und lasst von niemandem unsere Arbeit kaputt machen:

– für die Übernahme befristeter Beschäftigten – für Regelarbeitszeit Montag bis Freitag und gegen Conti-Schicht – für bessere Arbeitsbedingungen
Eure gewählte Vertrauenskörpersleitung

BDI begrüßt Investitionen in die Bauwirtschaft. – HB, Dienstag, 23.10.01. – Die Industrie begrüßt das von Bundesverkehrsminister K. Bodewig angekündigte Investitions paket für die Bauwirtschaft. Bedeutsam sei dabei vor allem der strukturelle Ansatz, die Privatwirtschaft stärker am Ausbau und Betrieb von Autobahnen zu beteiligen, teilte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit. Daneben enthalte das Paket kurzfristige Maßnahmen, um den Planungsstau bei Verkehrswegen abzubauen. Die Maßnahmen würden der Bauindustrie in einer schwierigen Konjunkturlage helfen.

Wirtschaftsverband BME fordert „Schwarze Liste“. – HB, Freitag/Samstag, 26./27.10.01. – Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) fordert härtere Strafen für korrupte Firmen und Manager. „Deutschland darf nicht zu einer Bananenrepublik werden“, so BME-Geschäftsführer H. Hildebrandt. Bestechung und Korruptionsfälle seien in der Bundesrepublik ein massives Problem. Als Möglichkeiten nannte er schwarze Listen für korrupte Firmen und den großzügigeren Einsatz von Kronzeugenregelungen.

7. Weltklimakonferenz schreckt Industrie. – Der zunehmende Widerstand der Industrie gegen die Klimaziele der EU machen den Verhandlern zu schaffen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie kritisierte die EU-Richtlinie für den Handel mit Treibhausgas-Emissionen im Rahmen des Kyoto-Protokolls: die deutschen Unternehmen befürchteten erhebliche Wettbewerbsverzerrungen.

Deutsche Firmen in China. – HB, Freitag/Samstag, 2./3.11.2001. – Die deutsche Handelskammer in China hat eine Umfrage unter deutschen Kaufleuten veranstaltet: die Fortschritte für deutsche Unternehmen seien deutlich, jedoch werde ein noch stärkeres Engagement der Versicherungsbranche erwartet sowie das Fußfassen des deutschen Bausparmodells. Die nächste bilaterale Wirtschaftskommission werde sich mit dem Thema Dienstleistungen befassen.

Einzelhandel für Abschaffung des Landenschlusses. – Das Gesetz sei ein „Symbolthema für die Verkrustung Deutschlands und schadet dem Image des Einzelhandels“, so der Sprecher des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) H. Pellengahr. „Überlassen wir es den Geschäften, wann sie werktags öffnen wollen.“

Presseauswertung: rst

Zwischenbilanz des Heranführungsprozesses der Türkei an die EU

Am 5. und 6. November veranstaltete die PDS-Bundestagsfraktion eine Anhörung zur deutschen Türkeipolitik, die mit mehr als 120 Teilnehmern auf sehr großes Interesse stieß. Die nachfolgend dokumentierten Thesen wurden von verschiedenen PDS-Abgeordneten vorgestellt (Carsten Hübner, Menschenrechte, Wolfgang Gehrke, Außenpolitik, Nato, Uwe Hiks und Feleknas Uca, Europa und Ulla Jelpke, Migration und Integration) und mit sachkundigen Teilnehmern aus der Türkei, aus Kurdistan und der Bundesrepublik erörtert.

Erwähnenswert ist die Teilnahme des ehemaligen türkischen Botschafters bei den Vereinten Nationen in Genf, Gündüz Aktan, der sich selbst als Verteidiger der Türkischen Republik bezeichnet, aber interessiert zuhörte.

Die PDS will Anfang des nächsten Jahres auf Grundlage des Hearings einen Antrag zur deutschen Türkeipolitik in den Bundestag einbringen.

Die Entwicklung der Türkischen Republik im Hinblick auf den Heranführungsprozess an die Europäische Union.

Thesen und Standpunkte der PDS-Bundestagsfraktion zur deutschen Türkeipolitik und den deutsch-türkischen Beziehungen

Die Türkische Republik stellt sich im zweiten Jahr ihrer Beitrittskandidatur zur EU geprägt von Menschenrechtsverletzungen, Parteiverboten, wirtschaftlicher Krise und gleichzeitigem Großmachtgedanken dar.

Verstärkt durch die Anschläge in den USA am 11. September und ihre Auswirkungen gewinnt das Militär innen- wie außenpolitisch mehr denn je an Bedeutung, während die Entfaltung einer Zivilgesellschaft nicht zu-, sondern abzunehmen scheint.

Es erscheint daher notwendig, hinsichtlich des Heranführungsprozesses der Türkei an die EU eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Im Jahr 1964 wurde ein Assoziationsvertrag der EWG mit der Türkei geschlossen, der eine schrittweise wirtschaftliche und politische Annäherung vorsah, die in die Vollmitgliedschaft der Türkei in der europäischen Staatengemeinschaft münden sollte.

1993 formulierte der Europäische Rat als Voraussetzung für jeden EU-Beitritt fünf Kriterien, die nach ihrem Entstehungsort als Kopenhagener Kriterien bezeichnet werden. Seit der Anerkennung als Beitrittskandidatin im Jahr 1999 sind sie auch für die Türkei bindend und las-

sen sich zusammenfassen wie folgt:

Neben der Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen rechts- und verwaltungstechnisch zu übernehmen, wurden politische und wirtschaftliche Bedingungen aufgestellt: Im politischen Bereich gilt als Voraussetzung für die Mitgliedschaft eine institutionelle Stabilitätsgarantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und der Schutz von Minderheiten, im wirtschaftlichen Bereich sind eine funktionierende Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt Voraussetzung.

Die türkische Seite hatte zwar bereits im Vorfeld ihrer Anerkennung als Beitrittskandidatin gegenüber dem Europäischen Rat versichert, diese Verpflichtungen anzuerkennen und die erforderlichen demokratischen Reformen umzusetzen und darüber hinaus Gespräche über einen „Fahrplan“ für diese Reformen zu führen. Am Tag der Veröffentlichung des Dokuments zur Beitrittpartnerschaft durch die EU-Kommission stellte sie in einer Presseerklärung jedoch klar, dass ihre Herangehensweise an die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien u.a. vom Grundsatz der Unteilbarkeit des Staates bestimmt sei. Diese Formel steht im politischen Vokabular der Türkei für ihre inakzeptable Weigerung, die kurdische Frage als etwas anderes als Separatismus und Terrorismus zu betrachten oder zu behandeln.

Die PDS tritt für die europäische Integration ein, sie hat den Beschluss über die geplante Aufnahme der Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten zur Europäischen Union mit herbeigeführt und hält ihn vom Prinzip her für richtig und angemessen.

Beispiele wie das oben angeführte spiegeln jedoch die Grundhaltung der Türkei im Bereich Menschenrechte und Grundfreiheiten wider. Der bisherige Verlauf des Heranführungsprozesses lässt befürchten, dass eine Umsetzung der Kopenhagener Kriterien in wesentlichen Punkten nicht gewährleistet werden kann. Bereits seit Inkrafttreten der Zollunion der EU mit der Türkei im Jahr 1996 erstellt die Europäische Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt regelmäßige Berichte, an denen jeweils deutlich wird, dass die Umsetzung der politischen Kopenhagener Kriterien (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Minderheitenschutz) die große Schwachstelle der Türkei ist.

Der Prozess der Heranführung der Türkei an die EU wird somit zum Prüf-

stein für die politische Glaubwürdigkeit der EU, der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei und veranlasst die Bundestagsfraktion der PDS, ihren Standpunkt zur deutschen Türkei- und Kurdistanpolitik darzulegen und ihre Forderungen an die Türkei, an die Bundesrepublik und nicht zuletzt an die Europäische Union auszuformulieren.

Historie der deutsch-türkischen Beziehungen:

Verantwortungsvolles politisches Handeln leitet sich aus Sicht unserer Partei auch aus historischen Beziehungen ab. Die deutsche Türkei- und Kurdistan-Politik ist seit den Zeiten des Kaiserreiches immer eine von Geschäfts- und Machtinteressen diktierte Politik gewesen. Im Konflikt zwischen dieser Art von Interessen und dem Eintreten für Menschenrechte und sozialen Fortschritt haben die Machtinteressen stets gesiegt. Waffenhilfe, militärische Ausbildung, Polizei- und Geheimdienst-Kooperation auch bei der Unterdrückung von Aufständen, diplomatisches Schweigen zu und Verwicklungen in die Massaker an den Armeniern und später den Kurden – all das ist seit Jahrzehnten traurige Realität deutscher Politik. Sie hat in der Türkei stets weit überwiegend die Kräfte der Repression gestärkt und häufig genug zur gewaltsamen Unterdrückung ziviler Proteste ermuntert. Hunderttausende Menschen sind vor dieser Politik und der wirtschaftlichen Stagnation und Armut in der Türkei in den letzten Jahrzehnten geflohen, viele leben in Deutschland.

Militärhilfe

Die deutsche Türkeihilfe setzte bereits in den fünfziger Jahren in Form von Militärhilfe, Waffenexporten, Polizei- und Geheimdienstzusammenarbeit wieder ein. Die Einhaltung der Menschenrechte wurde und wird demgegenüber bis heute als nachrangig betrachtet. Trotz gegenwärtiger Ankündigungen hat sich dies auch unter der Rot-Grün-Bundesregierung nicht geändert. Ein Vorgehen, welches die PDS über ihre generelle Ablehnung von Militarisierungsprozessen hinaus auf das Allerschärfste missbilligt.

Der Einsatz deutscher Waffen und anderer Kriegsgerätes insbesondere gegen die kurdische Bevölkerung ist in der Vergangenheit dokumentiert worden, für jeden Laien erkennbar und in der Osttürkei ein offenes Geheimnis.

Die Ausfuhr von Gütern und Lizzenzen, die gesetzlich der Kriegswaffenkontrolle unterliegen, ist entsprechend der Rüstungsexportrichtlinien von der tatsächlichen Achtung der Menschenrechte in

der Türkei, der Regelung der Zuverlässigkeit des Endverbleibs und der Einhaltung des EU-Verhaltenskodex abhängig zu machen. Um dies in der Realität und nicht nur auf dem Papier sicherzustellen wäre es nötig, das Parlament in Entscheidungsprozesse einzubeziehen – zumindest eine parlamentarische Kontrolle der Grundlagen von Beschlüssen zu ermöglichen. Die PDS betrachtet Rüstungsgeschäfte und -exporte als zentrale Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und gleichzeitig der Menschenrechtspolitik. Die Menschenrechtslage in der Türkei ist derart katastrophal, dass bereits vom ethischen Standpunkt aus derzeit Waffen und Rüstungsgüter die dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegen und vermutlich noch weitere Produkte, die zum Zweck systematischer Folter eingesetzt werden könnten oder für Experimente zur Herstellung chemischer Waffen dienen könnten nicht exportiert werden dürften – und seit Jahren nicht hätten exportiert werden dürfen. Dies betrifft auch Schenkungen. Daher fordert die PDS-Bundestagsfraktion ein vollständiges Rüstungsexportverbot insbesondere für die Türkei. Dieses dürfte durch Rüstungskooperation auf europäischer Ebene nicht unterlaufen werden.

Geopolitik

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der Nato, ein Umstand, der eine besondere politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Türkei ohne weitere Rücksicht auf die innen- und außenpolitische Entwicklung des Landes nach sich zieht und sich indirekt auf verschiedene Aspekte der bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland und anderen Nato Partnern auswirkt.

Die deutsche Politik, aber auch die Nato-Partner insgesamt sehen die Türkei als Brückenkopf des Westens gegen ein feindlich-fremdes Umfeld – den Kaukasus, arabische Länder, Iran etc. Deutschland ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur aus dem krisengeschüttelten Kaukasus, die Türkei spielt im Bezug auf die Energiressourcen im Kaspischen Meer und in Zentralasien eine wichtige Rolle. Bereits nach 1917 verfolgte der deutsche Generalstab eine perfide Geopolitik im Kaukasus. Um in den Besitz von Ölquellen zu gelangen, wurden Konflikte zwischen ethnischen Gruppen bewusst geschürt. Parallelen zur Gegenwart sind gerade bezüglich des armenisch-aserbaidschanischen Konflikts nicht übersehbar.

Der türkische Staat hat massive Konflikte mit nahezu allen Nachbarn, die meist historisch-nationalistisch motiviert sind: Allen voran mit Griechenland, gefolgt von den arabischen Staaten Syrien und Irak, denen sie buchstäblich und bewusst das Wasser abzugraben anstrebt, Armenien, über das er im Zuge des Karabach-Konfliktes gemeinsam mit dem verbündeten Aserbaidschan eine Blockade ausübt. Die militärische Kooperation

Der PDS-Parteivorstand befasste sich auf seiner Sitzung am 29. Oktober mit einem nicht-öffentlichen **Strategiepapier und den Vorbereitungen zur Bundestagswahl**. Da die Bewertung des Strategiepapiers sehr unterschiedlich ausfiel, hier einige Stimmen aus dem Bericht im Pressedienst:

Als nützlich wertete Hans Modrow (wie die meisten Vorstandsmitglieder) das Strategie-Diskussionspapier. Auf viele Fragen seien jedoch keine oder strittige Antworten gegeben worden. „Vorbeigeschrieben“ worden sei vor allen an der programmatischen Debatte. Wenn wir uns nicht der Bildungsarbeit in der Partei zuwenden, schreiben wir Papiere über die Köpfe hinweg.

Sahra Wagenknecht bezeichnete das Strategiepapier grundsätzlich als wenig hilfreich und sehr überarbeitungsbedürftig. Das Papier bleibe analytisch hinter bereits Veröffentlichtem zurück und nehme Weichenstellungen vor, um außenpolitische Positionen zu verändern. Im innenpolitischen Teil sieht Wagenknecht „zu viel Verständnis und zu wenig Kritik“.

Udo Wolf betonte das Verschieben des politischen Koordinatensystems in der Bundesrepublik. Nach Wolfs Auffassung müsste neben der Kernkompetenz Ost ein Referenzprojekt West entwickelt werden. Mit Blick auf die geringe Parteibindung bei Jugendlichen müsse auf projektbezogene Politik orientiert werden. Fortzuführen sei auf jeden Fall die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte.

Zum Abschluss der Aussprache wiederholte Gabi Zimmer die Aufgabe, das Strategiepapier im Januar und nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt – mit Blick auf das Bundestagswahljahr und das Wahlprogramm – fortzuschreiben. Im Zusammenhang mit dem Papier sei eine Kommunikationsstrategie für die Bundespartei zu erarbeiten ...

Anschließend befasste sich der Parteivorstand nochmals grundsätzlich mit der Konzeption für den **Entwurf des Bundestagswahlprogramms 2002**. Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass er bereits einen ersten Entwurf gibt. Es heißt also früh aufstehen und in die Debatte eingreifen. Eine kurzes Wahlprogramm erschwert eher die Diskussion. Presse-dienst:

„Nochmals und grundsätzlich deshalb, weil es seit dem Beschluss vom 24. Februar 2001 weit reichende innen- und außenpolitische Veränderungen gegeben hat. Seit dem Februar hat die Arbeitsgruppe „Wahlprogramm“, Leitung: Thomas Flierl, gearbeitet. Mit den Beschlüssen des Dresdner Parteitages (Friedensappell, Zur Strategie und

Programmatik bis 2003) wurden wesentliche Grundlagen für das Bundestagswahlprogramm gelegt.

Kürzer als früher und orientiert an Projekten solle das Wahlprogramm formuliert werden, unterstrich Thomas Flierl als Absicht. Horst Kahrs erläuterte das präzisierte Konzept für das Wahlprogramm. Es soll sich auf sechs Projekte konzentrieren, für die die PDS stehe.

Christian Schwarzenholz äußerte sich skeptisch zum Verständnis in der Partei dazu, dass nicht alle Bereiche Eingang in das Wahlprogramm finden. Marina Stahmann sprach sich erneut stark für ein extra „Jugend“-Projekt aus, was auf Widerspruch von Sandra Brunner traf. Es gehe im Wahlprogramm um zentrale Projekte, und ein Absatz mehr brächte nicht zwangsläufig mehr Erstwählerinnen und Erstwähler. Kahrs zeigte Verständnis für Stahmanns Anliegen; die Jugendproblematik werde in verschiedenen Projekten verdeutlicht.

Die EU-Problematik stärker in den Mittelpunkt zu rücken, forderten Ralf Christoffers und Judith Dellheim. In der Partei müsste mehr unsere Funktion diskutiert werden, meinte Dieter Hausold.

Bei zwei Enthaltungen wurde die Vorlage zum Wahlprogramm beschlossen. Danach wird der eigentliche Entwurf – in Verantwortung des Bundeswahlleiters Dietmar Bartsch und des Leiters der Arbeitsgruppe „Wahlprogramm“, Thomas Flierl – dem Parteivorstand bis Ende November 2001 vorgelegt und Anfang Dezember öffentlich gemacht. Der Vorstand will Vorschläge und Kritiken aus der Parteidiskussion zum Entwurf berücksichtigen und diesen dann überarbeitet am 18. Januar 2002 als Leitantrag an die 3. Tagung des 7. Parteitages veröffentlichen. Antragschluss für den Parteitag ist der 1. Februar 2002. Am 16. und 17. März wird der Bundesparteitag in Rostock den Beschluss über das Wahlprogramm fassen.

Dem Parteivorstand ist klar, wie knapp der Zeitplan ist, insbesondere auch für die gewünschte Debatte in der gesamten Partei. Der Vorstand bittet zu berücksichtigen, dass die Autorinnen und Autoren des Wahlprogrammentwurfs eine gewisse Zeit benötigen, unter anderem jenen Erfordernissen Rechnung zu tragen, die sich nach dem 11. September sowie aus den Wahlen in Hamburg und Berlin ergeben. Deswegen die Bitte an alle Leitungen, die Information, Kommunikation und die Termine so zu organisieren, dass auch unter diesen komplizierten Bedingungen ein Gedankenaustausch zum Entwurf des Bundestags-Wahlprogramms geführt werden kann.“

Zusammenstellung: jöd

zwischen der Türkei und Israel und der offenbar geplante Verkauf der fraglichen Wasservorräte an Israel stellen eine zusätzliche Belastung der Beziehungen zum Irak und zu Syrien dar.

Unterstützt wird diese Entwicklung durch militärische Aufrüstung, die wiederum die Macht- und Geldinteressen entsprechender Sektoren in der türkischen Gesellschaft befriedigt. Ein gewisser Hang zum Großmachtstreben auf der Grundlage panturkischer Ideologie spiegelt sich auch in der nationalistischen Werbung in zentralasiatischen Turkstaaten der ehemaligen Sowjetunion wider.

Die PDS plädiert im Gegensatz dazu für eine Politik der Kooperation, des politischen Dialogs, der guten Nachbarschaft. Dies würde eine massive Wende in der türkischen Politik nach außen und gleichzeitig die Förderung der Zivilgesellschaft in der Türkei bedeuten.

Deutsche Unternehmen beabsichtigen eine Beteiligung am Bauvorhaben Ilisu-Staudamm, Teil des politisch, wirtschaftlich, ökologisch und sozial heftig umstrittenen GAP-Projekt in der Osttürkei. Die Argumente gegen den Staudamm sind aufgrund seiner sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen erdrückend. Die schwere Beeinträchtigung der Anrainerstaaten Syrien und Irak durch den Einsatz von Wasserressourcen als Druckmittel, fördert die politische Instabilität in der Region und darf von der Bundesregierung keinesfalls durch die Genehmigung einer Hermes-Bürgschaft unterstützt werden. Generell sollten alle Bürgschaften und Kredite – auch die des Internationalen Währungsfonds – faktisch an die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, insbesondere der politischen Kopenhagener Kriterien, gebunden werden.

Demokratisierung und Menschenrechte

Auch im Bereich Menschenrechte trägt die Bundesrepublik angesichts deutscher und deutsch-türkischer Geschichte und Gegenwart eine besondere Verantwortung. Menschenrechte sind elementarer Bestandteil der Demokratie und können – insbesondere wenn sie nicht eingehalten werden – weder juristisch noch ethisch als rein nationale Angelegenheit angesehen werden. Wer Mitglied in der EU ist oder sein will hat insbesondere die politischen Kopenhagener Kriterien vollständig, uneingeschränkt und dauerhaft einzuhalten. Das Versagen türkischer Menschenrechtspolitik ist seit langem seriös und sorgfältig dokumentiert. Besonders erschreckend ist hierbei, dass die Gewährleistung der Menschenrechte in der türkischen Verfassung verankert ist und dieser Umstand eine – auch für Externe – allzu oft willkommene Argumentations- und Verhüllungshilfe darstellt.

Die PDS verlangt und vertritt den Vorrang von Menschenrechten gegenüber geopolitischen, militärischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Inter-

essen.

In der Türkei wird beispielsweise bis heute routinemäßig gefoltert. Die Bemühungen um Verbesserungen in diesem Bereich vor dem Hintergrund des Beitrittsbestrebens erscheinen nur eingeschränkt glaubwürdig und beschränken sich auf Darstellungsweisen nicht auf inhaltliche Veränderungen. Die bestimmenden Strukturen scheinen allzu tief im System verwurzelt. Die Türkische Republik hat sich zudem insbesondere in der Kommunikation mit Europa von jeher durch ausgesprochen eigenwillige und spitzfindige Auslegung von Gesetzestexten aber auch internationalen Vereinbarungen gerade im Menschenrechtsbereich hervorgetan. Auch spielen vollkommen unterschiedliche Wahrnehmung in den verschiedenen Gesellschaftsschichten und in verschiedenen Regionen sowie unterschiedlicher Zugang zu Informationen eine bedeutende Rolle. Letztere sind stark beeinflusst durch staatliche Medien, die in ihrer populistischen Vehemenz gegen Andersdenkende teilweise auf einem die Menschenwürde verachtenden Niveau agieren.

Die Erkenntnis wie substantiell eine gesellschaftliche Umschwung, wie tiefgreifend politische Reformen sich gestalten müssten, um den EU-Beitritt zu ermöglichen, und welch massiver Kontrollverlust den derzeit mächtigsten Akteuren – insbesondere dem Militär – in Folge droht, führt im geforderten Demokratisierungsprozess zu einer Rückentwicklung. Zu beobachten sind:

- eine zunehmende Prägung durch weitreichende, mafiose Korruptionsstrukturen und organisierte Kriminalität
- unvertretbare Vorherrschaft des Militärs über den Nationalen Sicherheitsrat und Militärgerichtsbarkeit
- Jahrzehntelanger Ausnahmezustand in kurdischen Gebieten, Sondergouverneure für die kurdischen Provinzen
- überwiegend unmenschliche, inakzeptable Haftbedingungen; Folterungen, Misshandlungen bis hin zu gezielten Tötungen von Gefangenen in der Polizeihaft, zeitlich ausgedehnter Incommunicado-Haft und generell in den Haftanstalten
- erhebliche Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, Verbote von Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsendern
- politische Verfolgung von und massive Repressionen gegenüber Organisationen, Parteien und Einzelpersonen, die Kritik an der Staatsführung üben, für Menschenrechte und eine Demokratisierung der Gesellschaft eintreten oder einer solchen Aktivität verdächtigt werden
- willkürliche Verhaftungen, Verschleppungen und außergerichtliche Hinrichtungen Oppositioneller oder vermeintlich Oppositioneller
- die Versammlungsfreiheit ist insofern nicht gewährleistet, als dass es auch bei friedfertigen Demonstrationen und Versammlungen immer wieder zu mas-

siv gewalttätigen Übergriffen durch staatliche Sicherheitskräfte kommt

- der demokratische Ablauf von Wahlen ist nicht sichergestellt
- Parteien werden teilweise boykottiert und häufig verboten.

Solange solch grundsätzliche Reformen nicht erreicht sind, solange auch die anderen Defizite der Türkei in Sachen Demokratisierung nicht beseitigt sind, solange also die politischen Kopenhagener Kriterien nicht eingehalten sind, darf es auch keine wirtschaftliche Hilfe und schon gar keine Abschiebung von Flüchtlingen aus der Türkei geben. Die deutsche Politik hat durch ihre über viele Jahre währende falsche Politik eine erhebliche Mitverantwortung. Dieser Mitverantwortung muss sie nach Auffassung der PDS durch energische Korrektur dieser Fehler nachkommen und den herrschenden Eliten in der Türkei, aber auch der breiten Bevölkerung unmissverständlich Signale geben, dass Deutschland konsequent auf einer Demokratisierung bestehen.

Umgang mit ethnischen Minderheiten, insbesondere der kurdischen Frage

Die kurdische Frage – stellvertretend für den Umgang der Türkischen Republik mit ethnischen Minderheiten – kann nicht nur als Nebenprodukt der Frage von Grundrechten betrachtet werden. Sie sollte in Dokumenten und Verhandlungspapieren namentlich benannt und mit Deutlichkeit angesprochen werden. Der Konflikt um die kurdische Frage weist mittlerweile in mehrfacher Hinsicht Dimensionen auf, die nahezu jeden Aspekt türkischen Alltags mitbestimmen.

Die Republik Türkei weist im Hinblick auf den Umgang mit ethnischen Minderheiten eine äußerst fragwürdige Geschichte auf und ist diesbezüglich mit schweren Hypothesen belastet. Auf türkischem Staatsgebiet leben zahlreiche alteingesessene Minderheiten mit unterschiedlichen muttersprachlichen Idiomen. Ihre ethnischen und religiösen Grenzen sind zum Teil schwankend und einzelne Gruppen überlappen sich: Alevititen, Armenier, Assyrer/Syrianer, Griechen, Juden, Kurden, Yeziden und Zaza um die wichtigsten zu nennen. Unmittelbar mit der Republikgründung im Jahr 1923 begann ein enormer Assimilationsdruck auf diese Gemeinschaften. Armenier und andere christliche Minderheiten waren bereits 1915 Opfer eines Genozids geworden. Wenngleich auch Kurden sich an den Massakern beteiligt hatten, waren zeitgleich auch sie verfolgt, in großen Zahlen deportiert und dabei erheblich dezimiert worden. Dieses Thema ist in der Türkei bis heute historisch, politisch und gesellschaftlich nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet worden.

Die Offerten, die zumindest den religiösen Minderheiten 1920 im Rahmen des Friedensvertrages von Sèvres gemacht worden waren, gerieten mit der Annulierung des Vertrages in Vergessenheit, die

1923 im Vertrag von Lausanne vereinbarten Vorgaben wurden durch den nun international anerkannten türkischen Nationalstaat nicht eingehalten, alle politischen und kulturellen Rechte gingen den Minderheiten verloren.

Seither gestaltet sich der Umgang des türkischen Staates mit historisch ursächlich selbstverschuldeten Konflikten ausschließlich mit militärischen Mitteln. Jahrelange militärische Bekämpfung, Vertreibung und Entvölkerung prägen das Bild. Die Türkei sperrt sich konsequent gegen jede andere Option und verharrt starr in überholten, in keiner Weise zeitgemäßen und zudem völkerrechtlich unzulässigen Positionen und Handlungsweisen und verwehrt millionenstarken Bevölkerungsgruppen elementare Rechte.

Die PDS will eine politische Lösung, eine Lösung durch Dialog und auf Basis des Selbstbestimmungsrechts der kurdischen Bevölkerung. Das heißt im Zuge einer grundsätzlichen Demokratisierung der Türkei müssen ihr verfassungsrechtlich erhebliche Autonomierechte gewährt werden. Notwendig ist weiterhin die Abschaffung aller Gesetze und Verfassungsbestimmungen, die die Fiktion einer einheitlichen, herrschenden türkischen Nation oder gar Rasse in der Türkei verfechten. Auch die Möglichkeit diesbezüglicher Auslegung oder dahingehender Anwendung jeglicher bestehender Gesetzesgebung ist abzustellen. Ebenso wichtig ist dann die tatsächliche Anwendung dieser Gesetze und die Umsetzung und Verwirklichung der dahinterstehenden zivilgesellschaftlichen Grundanforderungen.

Ein konkreter – von der PDS mehrfach geforderter – Schritt zur Festlegung umzusetzender Schritte insbesondere in der Kurdenpolitik der türkischen Machthaber wäre eine internationale, ergebnisorientierte Konferenz auf höchster politischer Ebene unter Einbeziehung kurdischer Repräsentanten. Einen weiteren Schritt könnte die Einrichtung einer unabhängigen Instanz zur Aufklärung der Vorwürfe gegen alle Beteiligten darstellen, die sich an der in Südafrika fungierenden Wahrheitskommission orientieren könnte.

Fortschritte?

Der Regelmäßige Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt zur EU-Beitrittspartnerschaft vom 8.11.2000 sieht im Demokratisierungsprozess ebenso wenig wie die beiden vorangegangenen Fortschrittsberichte keine wesentliche Verbesserung der Situation gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

Die Türkei legte am 19.3.2001 – wie auferlegt – ihr nationales Programm vor, welches die Erfüllung der verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen und politischen Beitrittskriterien dokumentieren soll. Das Papier bezieht sich in erster Linie auf die verwaltungstechnische An-

passung, die für eine Demokratisierung entscheidenden Formulierungen weisen erhebliche Mängel auf beziehungsweise bleiben äußerst vage. Gegenüber den Dokumenten der EU zur Beitrittspartnerschaft bleibt das Programm in den Teilen, die sich auf die kurdische Frage beziehen und in anderen wesentlichen Punkten zurück. Auch in der Praxis ist in Einzelbereichen, insbesondere bei den Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen eine Rückwärtsentwicklung zu beobachten.



Die schwere Wirtschaftskrise und die labile Gesamtlage sind auch im Zusammenhang mit der sich hier ergebenen strukturellen Unsicherheit zu betrachten, politische Eliten werden zunehmend und von einer breiteren Öffentlichkeit in Frage gestellt, die Beruhigung im Osten stellt die Legitimität der politischen Rolle der Militärs vollends in Frage. Die Türkei ist kein demokratischer Rechtsstaat und erfüllt bisher grundlegende Bedingungen internationaler und völkerrechtlicher Politik nicht. Nicht einmal menschenrechtliche Mindeststandards werden eingehalten. Ferner ist in der Vergangenheit immer wieder deutlich geworden, dass die Türkei auf ihr internationales Image wenig Wert legt.

Migration

Zur unseligen Tradition deutscher Geo- und Großmachtpolitik steht auch der Umgang mit Migration aus der Türkei. Türkische und kurdische Migrantinnen und Migranten werden nicht akzeptiert, sondern seit Jahrzehnten als „Fremde“, als „Gastarbeiter“ oder „Asylanten“ ausgegrenzt, in ihren Problemen ignoriert oder instrumentalisiert. Bundesdeutsche Behörden ignorieren die offenkundige Gefährdung von kurdischen Flüchtlingen im Falle ihrer Rückkehr in die Türkei. Derartige Abschiebungen mit Hinweis auf offenkundige Lippenkenntnisse türkischer Behörden zur Rechtsstaatlichkeit und zu Menschenrechtsstandards sind beschämend und ein Armutzeugnis für jede demokratische Regierung. Dies ist insbesondere dann der Fall wenn bekannt ist, dass Waffen aus dem abschiebenden Land in der entsprechenden Krisenregion gegen die dortige zivile Bevölkerung in der Vergangenheit zum Einsatz gekommen sind und mit hoher Wahrscheinlichkeit weiterhin im Ein-

satz sind.

Migrantinnen und Migranten, deren überwiegender Teil in Deutschland aus der Türkei stammt sind bis heute keine Subjekte der Politik in Deutschland, sondern immer noch Objekte. Persönliche und institutionelle Diskriminierung herrscht vor, Einbürgerung kommt nicht voran. Die doppelte Staatsbürgerschaft muss gerade auch bei türkischen und kurdischen Migrantinnen und Migranten, die aus vielfachen Gründen die Beziehungen zu ihren Herkunftsgebieten nicht verlieren wollen, ermöglicht werden. In punkto kurdische Migration fordern wir eine Anerkennung kurdischer Identität und kurdischer politischer Beteiligung. Das PKK-Verbot ist als kontraproduktiv und sollte unverzüglich aufgehoben werden.

Die Migrantinnen und Migranten aus der Türkei können und sollen einen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten leisten. Sie können als Brücke und als Verbindung fungieren und dadurch auch zur Demokratisierung in der Türkei und zu politischen Beiträgen zur Lösung der kurdischen Fragen beitragen, indem der dafür notwendige Dialog auch hier initiiert und gepflegt wird.

Schlußfolgerung

Die PDS-Bundestagsfraktion befürwortet und will den Beitritt der Türkischen Republik zur Europäischen Union. Positionen und Denkweisen, die die EU als christlich „abendländisch“ geprägte Zivilisation begreifen und darstellen möchten, lehnt die Fraktion ab.

Die politischen Kopenhagener Kriterien zur EU-Mitgliedschaft (Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Minderheitenschutz) sind in der Türkei derzeit jedoch in keiner Weise erfüllt. Auch lässt das politische Vorgehen der türkischen Regierung nicht auf die Absicht schließen, die Priorität dieser Bedingungen anzuerkennen und diese umzusetzen. Selbst die jüngsten Verfassungsänderungen lassen nicht erkennen, dass sie die faktische Kontrolle staatlicher Politik durch den Nationalen Sicherheitsrat ernsthaft unterlaufen könnten.

Angesichts dessen hat nicht nur die Beitrittskandidatur auf dem Prüfstand zu verbleiben, sondern sollte auch die Zweckbindung der im Rahmen der Heranführungsstrategie durch die EU bereitgestellten Fördergelder streng kontrolliert werden.

Demokratische und somit auch viele oppositionelle Kräfte und Minderheiten der Türkei setzen auf externen wirtschaftlichen und politischen Druck, der im Zusammenhang mit einem eventuellen Beitritt zur EU in jedem Fall erforderlich würde. Vielfach wird der Beitritt – bei konsequenter Beibehaltung aller Kopenhagener Kriterien – sogar als Rettungssanker für das Land betrachtet. Die Beitrittsperspektive zur Europäischen Union stellt aufgrund ihrer Attraktivität

für die Türkei – wenn auch in Form eines Druckmittels – die historische Chance zur Demokratisierung eines Staates im Krisenherd Nahost dar, der auf benachbarte Staaten unter Umständen positiven Einfluss nehmen könnte. Der Republik Türkei selbst böte ein fundamentaler Reformprozess die historische Chance, ihrer gesamten Bevölkerung verbesserte Lebensbedingungen und Grundrechte zu ermöglichen.

Das EU-Parlament verlangt von der Türkei in diesem Bereich, die Menschenrechte stärker zu achten, Rechtsstaatlichkeit herzustellen und die Rechte der kurdischen Bevölkerung zu gewährleisten. Ferner soll die Türkei sich aktiv um eine Lösung der Zypern-Frage auf Basis der UN-Beschlüsse bemühen, eine politische Lösung der Kurdenfrage herbeiführen, das Todesurteil gegen Öcalan nicht vollstrecken, den Menschenrechtler Akin Birdal endgültig und nicht nur vorübergehend freilassen und auch andere politische Gefangene wie Leyla Zana freizulassen.

Die PDS möchte diese Forderungen noch in folgender Weise erweitert sehen:

- Faktische Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten insbesondere der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit-, der Pressefreiheit, dem Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsbeschaffung sowie der Religionsfreiheit
- Durchsetzung einer anerkennenden Minderheitenpolitik; Achtung, Förderung und Schutz der kulturellen Eigenheiten aller – insbesondere ethnischer – Minderheiten; Schaffung von Voraussetzungen für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage; Dezentralisierung des türkischen Staatswesens
- Abschaffung der Todesstrafe, Humanisierung der Haftbedingungen, faktische Abschaffung der Folter
- Abschaffung des Nationalen Sicherheitsrates und der Staatssicherheitsgerichte
- Aufhebung des Ausnahmezustandes in den kurdisch besiedelten Provinzen; Selbstverwaltungsrechte für die Kurden
- Friedlicher Ausbau der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, insbesondere dem EU-Mitgliedsland Griechenland.

Von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erwartet die PDS-Bundestagsfraktion, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Türkische Republik bei der Umsetzung dieser Aufgaben zu unterstützen. Insbesondere ist wir in jeglicher Hinsicht innen- wie außenpolitisch die Zurückstellung militärischer/geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen gegenüber Fragen der Menschenrechte gefordert.

Die PDS und alle anderen demokratischen Kräfte sind aufgefordert, den Dialog und die Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften in der Türkei zu intensivieren. Berlin, am 4. Oktober 2001

Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis tagte in Dachau

Wir fühlten uns wirklich willkommen

Vom 10. bis 15. Oktober fand im Jugendgästehaus Dachau die Jahrestagung der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis statt. Am Rande der Tagung hatten wir Gelegenheit zu folgendem Interview mit Rosel Vadehra-Jonas, der Vorsitzenden der LGRF.

Liebe Rosel Vadehra-Jonas, die Jahrestagung der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis hat dieses Jahr in der Jugendbegegnungsstätte Dachau stattgefunden. Warum?

Unsere LGRF sucht in jedem Jahr einen anderen Ort für ihre Tagung, weil wir immer auch etwas in die Breite wirken wollen. Wir organisieren meist ein öffentliches Beiprogramm. So wurde z.B. vorgestern Abend im Dachauer Rathaus unsere Ausstellung „Schwestern, vergesst uns nicht“ eröffnet. Das war eine sehr, sehr schöne Veranstaltung. Die Vertreterin der Stadt Dachau, Frau Bürgermeisterin Ernst, ist auf uns zugekommen und hat sehr viel Sensibilität gezeigt für unsere Ausstellung, für die Frauenschicksale, die darin nachgezeichnet werden. Wir hatten den Eindruck, dass wir hier wirklich willkommen waren. Dachau haben wir diesmal ausgesucht, weil nächstes Jahr auch in Ravensbrück – in den an der Zufahrt liegenden ehemaligen Aufseherinnenhäusern – eine Jugendbegegnungsstätte eröffnet werden soll. Uns hat natürlich interessiert, wie das in Dachau aussieht.

Und habt ihr nützliche Informationen bekommen?

Ja. Erstens haben wir das Dachauer Jugendgästehaus als einen sehr schönen Ort für unsere Tagung erlebt. Außerdem haben wir im Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gästehauses und der Gedenkstätte sehr viel darüber erfahren, wie das Haus organisiert ist, wie die Zusammenarbeit mit dem Förderverein und die Anbindung an die KZ-Gedenkstätte aussieht und vor allem auch, wie die ehemaligen Häftlinge und die Lagergemeinschaft Dachau einbezogen sind. Wichtig war auch, dass die zukünftige Leiterin der Begegnungsstätte in Ravensbrück mit hier war, also die Leiterin von Seiten des Deutschen Jugendherbergswerkes, das Träger der Einrichtung sein wird. Sie hatte Gelegenheit, das Haus hier kennen zu lernen und mit dessen pädagogischem Leiter, Herrn Dr. Schoßig, zu sprechen. Sie wird auch noch ein Praktikum hier machen.

Das Jugendherbergswerk wird aber nicht für die pädagogische Leitung, sondern nur für die Bewirtschaftung der Einrichtung zuständig sein, oder?

Das ist richtig. Eine Stelle für die pädagogische Betreuung ist zwar vorgesehen, aber momentan sieht es so aus, dass

diese Stelle nicht besetzt werden soll. Das würde bedeuten, dass die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück mit ihrem derzeitigen Personal diese Aufgabe mit übernehmen müsste. Dabei haben wir schon in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass Jugendbegegnungen, Workcamps etc. ausfallen mussten, weil keine Kräfte für die pädagogische Betreuung da waren. In dieser Hinsicht sehen wir noch große Schwierigkeiten. *Welche Fragen standen noch auf eurer Tagesordnung?*

Normalerweise stehen Berichte aus den Gedenkstätten der Frauen-KZs Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück auf unserer Tagesordnung. Das war jetzt zum ersten Mal nicht der Fall, zum Teil wegen Absagen von Teilnehmerinnen, zum Teil aus Zeitgründen. So konnte z.B. ein ganz wichtiges Thema nicht mehr behandelt werden: der Verkauf der Lichtenburg durch das Land Sachsen-Anhalt. Wir warten zurzeit auf die Ergebnisse der öffentlichen Ausschreibung und hoffen, dass wir von den Behörden in die Gespräche und die Anhörung über die Zukunft der Lichtenburg wieder mit einbezogen werden.

Auch für Ravensbrück war die Zielplanung ein zentrales Thema, also die Frage, welche Konzeption für die zukünftige Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätte entwickelt wird. Das andere große Thema ist die Geschichte mit der B96.

Eine Geschichte, die 1994 begann. Damals habt ihr erfahren, dass eine Bundesstraße über das Gedenkstättengelände geplant wurde. Was heißt das konkret? Und wie ist der Stand heute?

1994 haben wir zum ersten Mal erfahren, dass eine Umgehungsstraße um die Stadt Fürstenberg, in deren Nähe ja Ravensbrück liegt, gebaut werden soll. Die erste Version, die 1995 bei einer öffentlichen Veranstaltung auch dem Internationalen Ravensbrück-Komitee vorgestellt wurde, sah eine Trassenführung zwischen dem Stammlager – also dem Frauen-KZ und dem Siemenslager, wo Siemens die KZ-Häftlinge für sich arbeiten ließ – auf der einen Seite und dem Jugend-KZ und späteren Vernichtungslager Uckermark auf der anderen Seite vor. Durch diese Trasse wäre der Gesamtkomplex der Lager zerschnitten worden.

Diese erste Version wurde uns so vorgestellt, als gebe es keine Alternativen, und die Frauen, die zum ersten Mal mit der Frage konfrontiert waren, sollten sagen, ob sie etwas dagegen hätten. Zum Glück war unsere Lagergemeinschaft schon vorher darüber informiert, und unsere Ehrenvorsitzende Gertrud Müller hat ganz deutlich gesagt, dass das für uns nicht in Frage kommen kann. Wir haben dann sehr bald festgestellt, dass es doch Alternativen gab. Das zuständige Straßenbauamt hat insgesamt fünf Varianten für die Umgehungsstraße vorgeschlagen. Eine davon, die Variante 5, geht östlich

gerade so am Lager Uckermark vorbei. Mit der Initiative B96, die von Fürstenberger Bürgern gegründet worden war, haben wir uns 1996 geeinigt, dass diese Variante für beide Seiten akzeptabel wäre.

Trotzdem gibt es weiterhin Auseinandersetzungen.

Ja, immer wieder wurde mit unhaltbaren Argumenten versucht, die für uns akzeptable Variante als nicht machbar und die Trassenführung durch das Lagergelände als einzige mögliche hinzustellen. Die letzte große Überraschung kam bei einer Zusammenkunft am 30. Juni 2001. Nachdem wir andere Argumente zurückgewiesen hatten, sagte man uns plötzlich, die Variante 5 käme ja schon deshalb nicht in Frage, weil das Gelände Ende letzten Jahres als sog. „Flora-Fauna-Habitat“-Gebiet (FFH) nach Brüssel gemeldet worden sei. Die gemeldeten Gebiete unterliegen sehr strengen Naturschutz-Richtlinien und es würde Jahre dauern, eine Ausnahmegenehmigung zum Bau einer Straße durch ein solches FFH-Gebiet zu bekommen. So lange könne man nicht warten.

Und wer hat dieses Gebiet als FFH-Gebiet gemeldet?

Das wissen wir nicht so genau. Jedenfalls war es so, dass die BRD mit der Meldung von Gebieten stark in Verzug war und dass es bereits Auflagen und Strafen deshalb gab. Da hat offenbar jemand die Gelegenheit genutzt ...

... um zu verhindern, dass die für euch akzeptable Variante gewählt wird?

Genau so sehen wir das. Im Grunde geht es dabei wohl um die Befürchtung, dass die – tatsächlich sehr schöne – Landschaft beeinträchtigt und die Chancen der Stadt Fürstenberg als Tourismus- und Luftkurort geschmälert werden könnten. Das verstehen wir ...

... aber ihr bleibt trotzdem dabei: Keine Straße über das KZ-Gelände.

Ja. Es gibt ja auch noch andere Varianten. Über die wird aber nicht diskutiert. Stattdessen wurde bei dem Gespräch am 30. Juni auch wieder eine Variante vorgelegt, die mitten durch das Lager Uckermark geht, dort, wo jetzt die Frauen gegraben haben.

Diese Grabungen spielen in eurer Argumentation eine wichtige Rolle. Was hat es damit auf sich?

Beim Lager Uckermark, wo vor allem Mädchen und ganz junge Frauen inhaft-

tiert waren, wurde immer gesagt, da ist ja gar nichts mehr zu sehen. Das war auch so. Wir mussten uns da auch selbst erst orientieren. 1997 haben einige junge Frauen von unserer Lagergemeinschaft/Freundeskreis und auch von anderen Gruppen mit Grabungen angefangen und Spuren von Baracken und Gegenstände gefunden, die mit großer Wahrscheinlichkeit der Zeit vor 1945 zuzuordnen sind: Kämme und alle möglichen Tiegelchen und Spritzen, also Gegenstände, die vermuten ließen, dass hier die Baracken des Lagers waren. Es wurden auch Fundamente gefunden, die sich mit dem Barackenverlauf in alten Plänen des Lagers decken. Das hieß für uns, wir müssen diesen Bereich erst einmal erforschen und seine wirkliche Ausdehnung feststellen. In diesem Sommer



Bei einem Baucamp im Sommer 2001 wurden in Ravensbrück Fundamente und Kellergewölbe ausgegraben, die höchstwahrscheinlich zu Baracken und Funktionsgebäuden des Jugend-KZs und späteren Vernichtungslagers Uckermark gehörten.

hat ein Baucamp stattgefunden, bei dem nicht nur die ganzen Ausmaße der 1997 entdeckten Barackenfundamente sichtbar gemacht wurden, sondern in einem Waldstück auch ein Kellergewölbe und der Fußboden eines weiteren Gebäudes freigelegt wurden. Diese Funde wurden Anfang Juli gemacht, ganz kurz nach dem Gespräch vom 30. Juni. Wir hatten im Anschluss an das Gespräch eine Presseerklärung herausgegeben, weil wir so geschockt waren, dass man uns nur noch die beiden Alternativen lassen wollte, die für uns nicht akzeptabel waren. So war die Presse schon sensibilisiert, und die Funde waren für uns ein Grund mehr, zu sagen, hier sind mit ganz großer Wahrscheinlichkeit Reste, die auf das Lager Uckermark hindeuten, und deshalb darf hier keine Straße gebaut werden. Wir haben am Ende des Baucamps auch eine Abschlussveranstaltung gemacht, um die

Funde der Fürstenberger Bevölkerung vorzustellen und mit ihnen über unser Anliegen zu diskutieren. Es sind auch viele Bürger von Fürstenberg anwesend gewesen.

Ihr verteidigt damit also Teile des ehemaligen KZ-Territoriums, die bislang nicht in die Gedenkstätte einbezogen und somit ungeschützt sind.

So ist es. Wir fordern, dass diese Teile einbezogen werden und dass das ganze Gelände Gedenkort wird.

Ihr habt ja vor einigen Jahren schon erfolgreich verhindern können, dass an der Zufahrtstraße ein Supermarkt gebaut wurde.

Ja, das war ein wichtiger Impuls für unsere Arbeit.

Als Lagergemeinschaft/ Freundeskreis, in der sich Überlebende und ihre Nachkommen, aber auch viele Jüngere zusammengeschlossen haben, die dafür sorgen wollen, dass nie vergessen wird, was hier geschah, führt ihr auch jedes Jahr die Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des Lagers durch. Wann wird die nächste Gedenkfeier stattfinden und wie werdet ihr sie gestalten?

Die nächste Gedenkfeier ist am vorletzten Wochenende im April 2002. Die Feier selbst ist am Sonntag, aber am Vorabend machen wir immer ein Beiprogramm zu einem bestimmten Thema. Über das Thema für das nächste Jahr muss der neue Vorstand noch diskutieren. Für die Feier bemühen wir uns immer, eine Rednerin aus dem öffentlichen Leben zu bekommen. Beim letzten Mal hat die Frauenministerin der BRD, Frau Dr. Bergmann, gesprochen, vorher waren auch schon zweimal Vizepräsidentinnen der Bundestages da, einmal Frau Vollmer von

den Grünen und einmal Petra Bläß von der PDS. Im Kulturprogramm ist schon zweimal Esther Bejerano mit ihrer Gruppe aufgetreten – Esther war ja auch in Ravensbrück. Wir hatten auch schon eine Sinti-Kapelle aus Berlin und verschiedene Chöre. Natürlich sprechen da auch Vertreterinnen unserer Lagergemeinschaft sowie der Stadt Fürstenberg und der Mahn- und Gedenkstätte, für die ja die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten verantwortlich ist. Die Wand der Nationen schmücken wir an diesem Tage immer mit Blumen, und am Ende der Gedenkfeier legen wir Kränze am Mahnmal und am Erschießungsgang nieder.

Liebe Rosel, ich danke Dir sehr für dieses Gespräch und freue mich auf ein Wiedersehen Ende April in Ravensbrück. (Die Fragen stellte Renate Hennecke.)

Aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 34

16.-18. November, Bad Segeberg: Fluchtweg Ostsee. Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein anlässlich seines 10-jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

17./18. November: Symposium zum PKK-Verbot. YEK-KOM und andere laden aus Anlass des achten Jahrestages des PKK-Verbots zu einem Symposium ein, auf dem die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen das PKK-Verbot und weitere Schritte dagegen beraten werden sollen. Veranstalter ist der Trägerkreis der Kampagne „Verboten ist, den Frieden zu verbieten“, c/o YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Fax (02 11) 1 71 14 53, E-Mail: yeckom@gmx.net

19.-22. November, Nürnberg: Ordentlicher Bundesparteitag der SPD. Unter anderem Wahl des Parteivorsitzenden und des Parteivorstands. Verabschiedung von Leitanträgen zu Außen-/Sicherheits- und Europapolitik, zu Sicherheit im Wandel (Innere Sicherheit/Zuwanderung, Gesundheit, Familie, Kommunales usw.) sowie Diskussion über neues Grundsatzprogramm.

23./24. November, Mannheim: Nichts mehr zu verteilen? Probleme der Verteilungspolitik im Shareholder-Kapitalismus. 8. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS. Fragestellungen: Wie muss eine Tarifpolitik aussehen, die das Zurückbleiben der Arbeitseinkommen aufhält? Welche Risiken oder Chancen birgt eine Tarifpolitik, die das Verteilungsproblem über Vermögensbildung und Fondsbeteiligungen lösen will? Verliert der sozialstaat seine Rolle beim Ausgleich ungleicher Einkommensverteilung? Welche Bedeutung hat die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates für eine gerechte Verteilungspolitik? Anmeldung bei: Konferenzbüro 8. Gewerkschaftskonferenz, c/o Regionalbüro Baden der PDS-Bundestagsfraktion, Helmut Roos, Alte Bergheimer Str. 8, 69115 Heidelberg. Tel. (0 62 21) 18 06 30, Fax (0 62 21) 18 06 31, E-Mail: PDS-BTF-Baden@t-online.de

24. November, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Abschluss, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

24./25 November, Rostock: Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen

28. November, Brüssel: Forum Soziales Europa (die beim letzten Treffen vorgelegten Thesen sind auf einer gesonderten Seite dokumentiert) mit den Schwerpunkten „Konkreter Stand der Arbeitsbedingungen“ und der „Rechte der abhängig Beschäftigten“. Mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament, Francis Wurtz. (Quelle: www.sozialismus.de)

1. Dezember, Berlin: Genossenschaften – eine Chance für demokratische ReformAlternativen? 4. Workshop der PDS zur Genossenschaftsproblematik. Diskutiert werden sollen insbesondere zwei Fragen: 1. Welche Potenzen für gestaltende Politik bergen Genossenschaften bzw. der Genossenschaftsidee verbundene Projekte in sich? Wie kann linke Politik helfen, gemeinsam mit Betroffenen diese Potenzen zu heben?

2. Dezember, Berlin: 14. Bundesparteitag der CDU. Leitantrag: Freie Menschen. Starkes Land.

3. März 2002, Bayern: Kommunalwahlen

16./17. März, Rostock: Wahlparteitag der PDS

21. April, Sachsen-Anhalt: Landtagswahl

1. Juni, Berlin: Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD mit Verabschiedung Wahlprogramm.

22. September: Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern.

Aufruf zu einem EU-weiten Schüler- und Studentenstreik!

Studiengebühren, Sparmaßnahmen, Uni-Privatisierung... Die Ziele der Bildung ändern sich rapide, stellen sich in den Dienst der privaten Wirtschaft. Europaweit sehen sich Studenten und Schüler mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die Ursachen sind in der EU-Politik zu suchen. Dortmunder Studenten rufen deshalb zu einem EU-weiten Schüler- und Studentenstreik vom **10. bis 14. Dezember 2001** auf. Dabei sollen in den ersten Tagen des Streikes Aktionen in den Städten, Unis und Schulen stattfinden, am 14. Dezember gibt es dann eine große gemeinschaftliche Abschluss-Demo während des EU-Gipfels in Brüssel.

Zorn an deutschen Unis

„Wir werden darauf drängen, dass jetzt eine entsprechende Kampagne gegen

die Gebühreneinführung und für den Rücktritt der Ministerin vorbereitet wird. Im Wintersemester muss es dann entsprechende Protestaktionen gegen die Gebühreneinführung geben“, sagt Georgios Kaimakamis, Mitglied im Bundesvorstand des Bündnisses linker & radikaldemokratischer Hochschulgruppen (LiRa). „Die Regierungsparteien sollten sich überlegen, ob sie kurz vor der Bundestagswahl einen Großkonflikt an den Hochschulen haben wollen. Sie sollten nicht vergessen, dass es wegen der rot-grünen Versprechen bei der letzten Bundestagswahl viel Unterstützung aus der Studierendenschaft gab“, betont der Sprecher des größten linken Studierendenverbandes der BRD. Was den Studentensprecher so aufregt, ist die wieder brandaktuell aufgeflammte Diskussion um Studiengebühren, an der sich auch Politiker der Koalitionsparteien eifrig beteiligen.

Internationale Aktionen sind sinnvoller

Bislang haben Studenten immer auf nationaler Ebene agiert. Die immer weiter

abnehmenden Entscheidungsbefugnisse der Nationalstaaten macht es notwendig gegen das „Diktat der internationale Handelsabkommen“ auch international vorzugehen. Und zwar jetzt, ist die WTO nach dem Scheitern der Verhandlungen in Seattle doch gerade wieder in eine erneute GATS-Runde eingetreten. Die Bereiche Gesundheit und Bildung stehen diesmal auf der Tagesordnung. Da die Europäische Union, offiziell beraten von einer europäischen Lobbygruppe der Dienstleister, in der beispielsweise die Privat-Uni berførter der Bertelsmannstiftung sitzen, in ihrer Gesamtheit am GATS-Verhandlungstisch sitzt, ist es unbedingt notwendig, dass Europäische Studenten gemeinsam gegen die Liberalisierung ins Ungewisse vorgehen, sind doch nicht nur in Deutschland sondern bereits in vielen EU-Ländern die vorbereitenden Mechanismen einer Marktoffnung am Werke.

Kontakt: eu-studentenprotest@fire-mail.de, www.studi-protest.de.vu